Steinkohle
Jahresbericht
2000

Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus

Ein Wort zuvor

Die Verfügbarkeit über nachhaltig sichere und bezahlbare Energie ist unverzichtbar für Wohlstand, Wachstum und soziales Gleichgewicht.

In Europa scheint das Bewusstsein für die Gefahr der Abhängigkeit von Importenergien durch die Ölpreisbaisse der 90er Jahre verloren gegangen zu sein. Der steile Anstieg der Ölpreise in diesem Jahr ist ein erneutes Warnzeichen für fehlende Stabilität auf dem globalen Ölmarkt. Nach wie vor schlägt das Öl den Takt für alle internationalen Energiemärkte. Auch die Weltmacht USA ist mittlerweile auf steigende Ölimporte angewiesen.

Energiesparen, technischer Fortschritt, Diversifizierung und die Verfügbarkeit eigener Ressourcen sind unverzichtbare Bestandteile einer energiepolitischen Vorsorgestrategie. Ein wesentliches Element der Zukunftsvorsorge in Deutschland bleibt dabei die heimische Steinkohle.

Der deutsche Steinkohlenbergbau hat im Jahr 2000 einen der stärksten Anpassungsschritte der letzten Jahre zu bewältigen. Planmäßig sind in diesem Jahr drei Bergwerke und eine Kokerei stillzulegen, rund 12 000 Arbeitsplätze werden sozialverträglich abgebaut. Zugleich stehen wichtige Entscheidungen auf europäischer Ebene an.

In Deutschland gilt bis 2005 der Kohle-Kompromiss von 1997. Nun wird über ein energiepolitisch begründetes Kohlekonzept für die Zeit ab 2006 beraten. Die Bundesregierung hat bereits erklärt, dass ein leistungs- und lebensfähiger Kernbergbau in Deutschland langfristig erhalten werden soll. Dieser kann auch zur Lösung der regionalen Strukturprobleme und zur globalen Klimavorsorge beitragen.

Essen, im Oktober 2000

Inhalt

	Seite
Nachhaltigkeit der Steinkohle – Nachhaltigkeit der Politik	5
Energie in der Welt	16
1. Weltenergiebedarf	16
2. Perspektiven der Weltenergieversorgung	18
3. Missverhältnis zwischen Energievorräten und Verbrauchsstruktur	20
4. Geopolitische Risiken	22
5. Weltförderung an Steinkohle	24
6. Welthandel mit Kohle	26
7. Kohle in der Weltstromerzeugung	28
8. Globale CO_2-Emissionen	30
9. Globale Klimapolitik	32
10. Technikoffensive für die Kohle	34
Energie in Europa	36
11. Energie in der Europäischen Union	36
12. Klimavorsorge in der Europäischen Union	38
13. Stromerzeugung in der Europäischen Union	40
14. Steinkohle in der Europäischen Union	42
15. Die Europäische Union im Wandel	44
Energie in Deutschland	46
16. Primärenergiebedarf in Deutschland	46
17. CO_2-Minderung in Deutschland	48
18. Strombedarf in Deutschland	50
19. Luftreinhaltepolitik	52
20. Steinkohlenmarkt in Deutschland	54
Steinkohle in Deutschland	56
21. Zukunft der deutschen Steinkohle	56
22. Finanzierungshilfen für die deutsche Steinkohle	58
23. Absatz des deutschen Steinkohlenbergbaus	60
24. Anpassung im deutschen Steinkohlenbergbau	62
25. Rationalisierung und Kostenentwicklung im deutschen Steinkohlenbergbau	64
26. Steinkohlenbergbau als Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor	66
27. Steinkohlenbergbau im Strukturwandel	68

Nachhaltigkeit der Steinkohle – Nachhaltigkeit der Politik

Energiedialog 2000 und neues Energiekonzept

In Deutschland wurde Mitte des Jahres 2000 ein einjähriger, breit angelegter Energiedialog abgeschlossen. Unter Federführung von Bundeswirtschaftsminister Dr. Müller und dem Präsidenten des Forums für Zukunftsenergien e.V., Dr. Breuer, bestand in der Runde hochrangiger Energieexperten Einvernehmen über

- die vielfältigen globalen Herausforderungen, die auf den Energiemärkten der Zukunft lasten,
- die Gleichrangigkeit der energiepolitischen Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit, die im Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zusammengefasst sind,
- wichtige Folgerungen daraus für die Energiepolitik und die Energiewirtschaft; dazu gehört der technologische Modernisierungsansatz im ganzen Energiebereich.

Auch darüber, dass die heimischen Energien weiterhin eine wichtige Rolle im deutschen Energiemix spielen müssen, bestand Einvernehmen. Dies erfordert Nachhaltigkeit auch in der Energiepolitik. Zur deutschen Steinkohle heißt es: „Steinkohle wird auch in Zukunft ein wichtiger Energierohstoff für die Stromerzeugung und Stahlproduktion in Deutschland bleiben. Der inländische Steinkohlenbergbau wird auch künftig einen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit leisten. Zugleich sichert der heimische Bergbau für die Zulieferindustrie technologischen Fortschritt und entsprechende Absatzchancen auf dem Weltmarkt. Allerdings wird der deutsche Steinkohlenbergbau, soweit absehbar, nicht wettbewerbsfähig sein und daher zu seinem Erhalt auf eine finanzielle Förderung angewiesen bleiben. Aufgabe der Politik ist es, den strukturellen Anpassungsprozess zur Erhaltung eines leistungs- und lebensfähigen Kernbergbaus wie vereinbart zu begleiten. Damit wird auch der unter dem Aspekt der langfristigen Versorgungssicherheit notwendige Zugang zu den Lagerstätten erhalten. In Brüssel muss aus diesen Gründen ein Kohlebeihilferecht durchgesetzt werden, das die Fortführung der Kohlebeihilfen in angemessenem Umfang auch nach dem Auslaufen des EGKS-Vertrags nach 2002 zulässt."

Das Ergebnis des Energiedialogs soll eine wesentliche Grundlage für das neue Energiekonzept werden, das die Bundesregierung noch im Jahr 2000 vorlegen will. Dieses Energiekonzept muss auch Aussagen enthalten zur künftigen Rolle der Steinkohle.

- Über die Zukunft der deutschen Steinkohle ist im März 1997 eine langfristige Vereinbarung getroffen worden. Es soll ein leistungs- und lebensfähiger Steinkohlenbergbau in Deutschland aufrechterhalten werden, und zwar aus wirtschafts- und energiepolitischen Gründen. Konkrete Entscheidungen sind bis 2005 getroffen worden. Diese Bundesregierung hat wiederholt erklärt, die Zusagen einzuhalten und bereits eine Anschlussregelung für die Zeit danach in Aussicht gestellt, die einen heimischen Fördersockel an Steinkohle langfristig erhalten soll.
- Die für einen in nationaler Zuständigkeit beschlossenen Kohleplan notwendigen Kohlehilfen der Mitgliedstaaten sind auch künftig auf europäischer Ebene zu genehmigen. Der EGKS-Vertrag und der darauf gründende Beihilfekodex laufen im Juli 2002 aus. Die Bundesregierung will sich

auf europäischer Ebene möglichst bald über eine Nachfolgeregelung verständigen.

EGKS-Nachfolgeregelung der Kohlebeihilfen

Ab 2002 unterliegen auch Kohle und Stahl den allgemeinen Regelungen des EG-Vertrages. Dies gilt dann auch für das gemeinschaftsrechtliche Verfahren der Beihilfegenehmigungen.

Der aktuelle Beihilfenkodex für den Steinkohlenbergbau ist die Entscheidung 3632/93/EGKS. Dieser Kodex stellt die Vereinbarkeit von staatlichen Kohlebeihilfen mit dem Funktionieren des Gemeinsamen Marktes sicher und endet wie der EGKS-Vertrag am 23. Juli 2002. Bis dahin werden die Kohlebeihilfen in der EU nach diesem Kodex genehmigt. Zulässig sind danach Betriebsbeihilfen, die der Gemeinschaftskohle eine Angleichung an Drittlandskohlenpreise ermöglichen. Bedingung ist dabei, dass eine tendenzielle reale Verringerung der Produktionskosten erreicht werden kann. Außerdem sind zulässig Beihilfen zur Rücknahme der Fördertätigkeit, um die sozialen und regionalen Probleme der weiteren Anpassung und Umstrukturierung der Kapazitäten zu lösen, ferner Beihilfen bei außergewöhnlichen Belastungen (wie die Deckung von Altlasten des früheren Bergbaus oder besondere soziale Aufwendungen), Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen sowie Beihilfen für besondere Umweltschutzmaßnahmen.

Mit dem Auslaufen des EGKS-Vertrages endet auch die besondere industriepolitische Verantwortung der Gemeinschaft für die Sektoren Kohle und Stahl. Die Gemeinschaft hat jedoch weiter die Zuständigkeit für die Beihilfenkontrolle in diesen Sektoren. Es ist keine Frage, dass aus Gründen der Rechts- und Planungssicherheit für die Bergbauunternehmen, die Belegschaften und auch für die beteiligten Mitgliedstaaten eine längerfristige Rahmenregelung mit klaren, nachprüfbaren Genehmigungskriterien weiter notwendig ist.

Für die Kohle könnten viele Elemente der bisherigen spezifischen EGKS-Regelung übernommen werden. In den Schlussfolgerungen ihres 1998 vorgelegten Halbzeitberichts zur Anwendung der geltenden Gemeinschaftsregelung für Kohlehilfen hat die Kommission diese Vorschriften als „angemessenen Rahmen für die Anpassungen im Steinkohlenbergbau der Europäischen Union" und auch als „gute Ausgangsbasis" im Hinblick auf die Osterweiterung bzw. die Annäherung der Beihilfesysteme der mittel- und osteuropäischen Länder bezeichnet.

Die Kohlebeihilfen dienen auch aus Sicht der Gemeinschaft nicht nur der Lösung der sozialen und regionalen Probleme der Umstrukturierung im Steinkohlenbergbau, sondern haben ebenfalls eine energiepolitische Dimension und Begründung. In ihrem Weißbuch „Eine Energiepolitik für die Europäische Union" hat die Kommission schon 1995 festgestellt, dass die hohe und wachsende Abhängigkeit der Gemeinschaft von Energieimporten „ein Brennpunkt der Sorge sein sollte". Es sollte deshalb auch in Zukunft „gewährleistet werden, dass einheimische Energiequellen ... zum Einsatz kommen und dass Chancen zum Einsatz effizienter Energietechnologien nicht verloren gehen".

Die bei weitem größte heimische Energiereserve in der EU sind die Kohlenvorräte, während die eigenen Vorräte an Öl und Gas begrenzt sind. Demgegenüber nimmt der Gasverbrauch weiter zu, insbesondere auch in der Elektrizitätswirtschaft. In ihrer

Mitteilung Ende 1999 zur Sicherheit der Erdgasversorgung hat die Kommission hinsichtlich der wachsenden Abhängigkeit des Elektrizitätssektors von externen Erdgaslieferanten ein „doppeltes Risiko" und eine möglicherweise „besorgniserregende Entwicklung" konstatiert.

Noch im Jahr 2000 will die Kommission ein Grünbuch zur Energieversorgungssicherheit in der EU vorlegen, das auf die Bedeutung der Brennstoffbasis Kohle und auf moderne Kohletechnologien eingehen soll. Es ist in diesem Zusammenhang auch daran zu erinnern, dass die Kommission in ihrer Berichterstattung über die in der EU insgesamt gewährten Beihilfen regelmäßig einräumt, dass Subventionen zwar wirtschaftspolitisch grundsätzlich kritisch zu sehen sind, aber gerechtfertigt sein können, wenn ein „Marktversagen" droht oder das „Allgemeininteresse" es erfordert. Die energiepolitischen, technologiepolitischen und arbeitsmarktpolitischen Implikationen der Kohlebeihilfen liefern eine solche Rechtfertigung.

Ein neuer Kohlebeihilfenkodex ab 2002 muss sich in die allgemeinen Vorschriften des EG-Vertrags einfügen. Eine Änderung der Beihilfevorschriften dieses Vertrages ist dazu nicht erforderlich. Nach dem EG-Vertrag müssen im Prinzip alle staatlichen Beihilfen in Brüssel bei der Kommission angemeldet und von ihr geprüft werden. Die Kommission kann Beihilfen dann verbieten, wenn sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen oder der Vertrag bzw. eine auf ihm basierende Regelung nicht etwas anderes bestimmt. Der EG-Vertrag ist im Hinblick auf Beihilfen allerdings vom Grundsatz her etwas weniger streng als der EGKS-Vertrag. Betriebsbeihilfen, wie sie im Kohlesektor bisher zulässig sind, bilden darin zwar eine Ausnahme, aber sie sind möglich. Im Rahmen des EG-Vertrages wird seit langem eine Vielzahl von staatlichen Beihilfen für andere Wirtschaftszweige, wie Industrie, Verkehr, Landwirtschaft, genehmigt.

Die Durchsetzung einer neuen Beihilferegelung für die Kohle im Rahmen des EG-Vertrages ist daher prinzipiell kein rechtliches Problem. Entscheidend ist der politische Wille, die vertraglichen Möglichkeiten zu nutzen. Die Entscheidung über eine tragfähige Neuregelung liegt beim Ministerrat. Die Kommission hat das Vorschlagsrecht sowie die Exekutivfunktion. Im EG-Rahmen ist eine Entscheidung des Rates – anders als bei der EGKS, in der stets einstimmig entschieden werden musste – mit qualifizierter Mehrheit möglich. Die Initiative für eine Neuregelung im Rat wird von den kohlefördernden Mitgliedstaaten ausgehen, die das Hauptinteresse an einer mit der jeweiligen nationalen Kohlepolitik vereinbaren Gemeinschaftsregelung haben, also Deutschland, Spanien und Frankreich, die jeweils bis 2005 reichende Kohlekonzepte beschlossen haben, sowie Großbritannien.

Auch die britische Kohle ist auf Hilfen angewiesen, um sich im stark umkämpften Strommarkt gegen Erdgas und billigere Importkohle zu behaupten. Im Juli 2000 hat die britische Regierung bei der EU-Kommission ein neues Beihilfesystem notifiziert. Danach will sie der britischen Kohleindustrie in der Zeit bis Juli 2002, also bis zum Ende des EGKS-Vertrages, auch wieder direkte Subventionen gewähren. Zunächst sind bis zu 100 Mio £ vorgesehen. Das britische Beihilfesystem zielt erklärtermaßen darauf, die Kohle in wenigen Jahren wettbewerbsfähig zu machen. Deshalb ist der britische Kohlenbergbau bei der

Privatisierung 1995 auch durch die Übernahme aller bis dahin aufgelaufenen Altlasten durch den Staat in großem Umfang entlastet worden. Ob es gelingt, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Drittlandskohle herzustellen, ist weiterhin ungewiss. Für Kohle aus Großbritannien, die preislich und qualitativ wettbewerbsfähig ist, ist der Kohlenmarkt überall in Westeuropa frei und offen, vor allem in Deutschland mit dem bei weitem größten Kohlenmarkt.

Im Hinblick auf die bevorstehende EU-Erweiterung sind auch die Interessen der steinkohlenfördernden Beitrittsländer, d. h. insbesondere die von Polen, Tschechien und Ungarn, zu berücksichtigen. In diesen Ländern existiert heute noch ein Steinkohlenbergbau, der von der Fördermenge her zusammen größer ist als in der jetzigen EU der 15. Große Anpassungen der Kapazitäten und der Belegschaften sind dort noch zu bewältigen. Erheblichen Anforderungen muss künftig der ganze Bereich des Umweltschutzes und der Arbeitssicherheit genügen.

Ein eigener Steinkohlenbergbau in Europa liegt im Gemeinschaftsinteresse. Mit einer adäquaten neuen Beihilferegelung bliebe der Zugriff auf diese strategische europäische Energiereserve ebenso erhalten wie das technologische Potenzial und die immer noch zahlreichen Arbeitsplätze „rund um die Kohle" und ihre Standorte. Es gibt Signale dafür, dass – neben der sozial- und regionalpolitischen Flankierung des weiteren Anpassungsprozesses – ein energiepolitisch mit dem Argument der langfristigen Versorgungssicherung begründeter Kern an heimischer Tiefbaukohle auch aus der Sicht der Kommission vertretbar sein kann – und insoweit auch dementsprechende Beihilfen.

Ein solcher energiepolitisch begründeter Kernbergbau muss beihilferechtlich auch deshalb möglich sein, weil die Energiepolitik nach dem EG-Vertrag vorrangig in die nationale Zuständigkeit fällt. Zudem beeinträchtigen heute die staatlichen Kohlehilfen in Anbetracht der Dominanz der Drittlandskohle auf dem europäischen Kohlemarkt und der Konkurrenz durch andere Energien den Wettbewerb der Gemeinschaftsproduzenten untereinander nicht. Umfang und Anforderungen an diesen langfristig festzulegenden Kern werden derzeit diskutiert. Klar scheint, dass die Umstrukturierung des Steinkohlenbergbaus in den Mitgliedstaaten nach 2002 noch nicht abgeschlossen sein wird. Die Anpassung muss wie heute in sozial- und regionalpolitisch akzeptabler Weise und nach demgemäßen Kriterien erfolgen können. Auch muss für den in nationaler Zuständigkeit vereinbarten Sockel an Kohleförderung hinreichende Rechts- und Planungssicherheit für die Unternehmen und ihre Beschäftigten gewährleistet werden. Deshalb sollte künftig – unbeschadet einer regelmäßigen Kontrolle durch die Kommission – eine mehrjährige Genehmigung von Beihilfen und Kohleplan erfolgen. Außerdem ist das gesamte Prüf- und Kontrollverfahren im Kohlesektor an das allgemeine EG-Beihilfeverfahrensrecht anzugleichen.

Die Diskussion über die künftige Regelung der Kohlebeihilfen und die übrigen für die Kohle relevanten Fragen der Gemeinschaftspolitik sollte möglichst bald in die nächste Phase gehen, denn die nötigen Entscheidungen müssen rechtzeitig und auf tragfähiger Grundlage erfolgen. Eine langfristige gemeinschaftsrechtliche Regelung ist auch erforderlich, um die Fortschreibung des deutschen Kohleplans nach 2005 auf EU-Ebene abzusichern.

Zukunft der deutschen Steinkohle

In der Kohlerunde 1997 ist vereinbart worden, den Zugriff auf die wichtigsten Lagerstätten heimischer Steinkohle langfristig zu erhalten. Denn die Nutzung heimischer Ressourcen – vor allem der größten heimischen Energiequelle in Deutschland, der Kohle – ist ein unverzichtbares Element langfristiger Vorsorge. Für die Zeit bis 2005 ist konkret beschlossen worden, den Finanzrahmen für die Kohlehilfen – Absatzhilfen und Stilllegungshilfen – auf 5,5 Mrd. DM fast zu halbieren. Die Verringerung der Kohlehilfen führt bis 2005 zu einer schrittweisen Reduzierung der Förderkapazität auf 26 Mio t SKE/Jahr bei dann noch 36 000 Beschäftigten.

Auf dem Wege dahin sind die größten Anpassungsschritte derzeit zu bewältigen. Im Jahr 2000 werden drei Bergwerke stillgelegt, die Förderkapazität sinkt um 6 Mio t, 12 000 Arbeitsplätze müssen aufgegeben werden. In den Jahren 2001 und 2002 gehen weitere 13 000 Arbeitsplätze verloren, die Zahl der Bergwerke verringert sich um 2 und die Förderkapazität nochmals um 7 Mio t SKE. In dieser schwierigen, bis an die Grenzen der Belastbarkeit gehenden Anpassungsphase kommt es mehr denn je auf eine nachhaltige Politik an, die sich an die gegebenen Zusagen hält, die sozial- und regionalverträgliche Anpassung weiterhin ermöglicht und langfristig verlässliche Perspektiven erhält.

Ein leistungs- und lebensfähiger Bergbau bleibt das Ziel, damit ein wichtiger heimischer Energieträger im Interesse der Versorgungssicherheit, des Technologiestandorts Deutschland und der Arbeitsplätze in der Region langfristig erhalten bleibt.

Zur Deckung seines Energiebedarfs ist Deutschland auf Energieimporte angewiesen. Heute werden etwa 60% des deutschen Energiebedarfs durch Importe gedeckt. Die langfristige Tendenz ist weiter steigend, für das Jahr 2020 wird die Importabhängigkeit auf rund 75% geschätzt. Die Energieeinfuhren, vor allem Importöl und Importgas, kommen zu einem großen Teil aus politisch oder wirtschaftlich instabilen Ländern. Langfristig wird sich – wegen der geopolitischen Konzentration der Vorräte – die Importabhängigkeit noch weiter auf risikobehaftete Regionen verlagern. Rund 55% der Öl- und Gasvorräte in der Welt konzentrieren sich auf die relativ schmale „strategische Energieellipse" vom Kaspischen Meer bis zum Persischen Golf. Angesichts solcher Konzentration ist die grundsätzlich gebotene Diversifizierung nach Herkunftsländern nicht oder nur begrenzt möglich.

Von Konflikten in den geopolitischen Turbulenzzonen werden die Interessen der westlichen Industrieländer unmittelbar berührt. Die meisten Industrieländer haben daher Vorsorgemaßnahmen zur Sicherung ihrer Energieversorgung getroffen, gemeinsam z. B. im Krisenmechanismus der Internationalen Energie-Agentur, überwiegend aber im Rahmen nationaler Energiekonzepte.

Am stärksten ausgeprägt scheint die Wahrnehmung von Sicherheitsinteressen bei der führenden Wirtschaftsmacht der Welt, den USA, aber auch andere Industriestaaten haben sich, entsprechend ihrer Ressourcenlage und ihren ökonomischen Interessen, für Sicherheitsstrukturen zur Begrenzung von Abhängigkeiten entschieden. Denn nach Beendigung des Kalten Krieges ist das neue Sicherheitsumfeld nicht gefährdungsfrei. Ethnische und religiöse

Rivalitäten, feudalistische Strukturen und uneingelöste Reformen und der Zerfall von Staaten schaffen Spannungen und Konflikte gerade in solchen Regionen, von denen unsere Öl- und Gasversorgung zunehmend abhängt. Zugleich steht unsere Versorgung im Wettbewerb mit der Nachfrage, die vor allem aus den aufsteigenden Wirtschaftszonen Asiens kommt.

Solche Faktoren schaffen Verknappungen und Preissteigerungen, die jetzt wieder schmerzhaft spürbar sind. Viele führende Industrienationen stehen diesen Veränderungen heute unvorbereitet gegenüber. Selbst den USA, inzwischen bei der Ölversorgung zu mehr als der Hälfte auf Importe angewiesen, scheinen strategische Antworten zu fehlen. Diese Wirkungen sind seit den früheren Ölpreiskrisen bekannt, inzwischen in vielen Staaten aber verdrängt worden.

Die internationalen Ölpreise sind seit 1999 durch das OPEC-Kartell zunächst verdoppelt und dann mehr als verdreifacht worden. Sie erhöhen die Energierechnung der vom Öl – und vom Gas – abhängigen Volkswirtschaften und heizen die Inflation an. Der Euro gerät weiter unter Druck, die Wachstumsaussichten müssen in vielen Industrieländern zurückgenommen werden und die innere Stabilität nicht weniger Staaten wird auf die Probe gestellt.

Für die Mehrheit der Menschen bedeutet Sicherheit vor allem Schutz vor existenziellen Lebensrisiken: Unterentwicklung, Überbevölkerung, Hunger, Mangel an Wasser, aber auch an bezahlbarer Energie. Die Folge sind Massenmigrationen mit neuen Konfliktstoffen, die sich nicht auf der Energierechnung, sondern auf anderen Konten westlicher Volkswirtschaften niederschlagen. Sicherheitsvorsorge schließt deshalb eine Energiepolitik ein, die den dringenden Energiebedürfnissen der Menschen in den Entwicklungsländern Rechnung trägt. Energiesicherungspolitik unterstützt auch die Diplomatie, die gute Beziehungen mit den Öl- und Gasförderländern anstrebt.

Ein wichtiges Mittel zur Begrenzung energiewirtschaftlicher Gefährdungen ist weiterhin – neben dem schonenden und effizienten Umgang mit Energie – die Nutzung der eigenen Energiequellen.

Der Energiebedarf in Deutschland wird – so die im Auftrag des BMWi im November 1999 vorgelegte Energiestudie der Prognos AG, Basel, und des Energiewirtschaftlichen Instituts, Köln – langfristig annähernd stabil erwartet. Große Effizienzsteigerungen sind dabei bereits vorausgesetzt. Die Nutzung der quasi-heimischen Atomenergie ist im Konsens mit den EVU geregelt und zeitlich limitiert worden, d. h. sie wird bis um das Jahr 2020 herum auslaufen. Die regenerativen Energien, also Wasserkraft, Biomasse, Wind- und Sonnenenergie u. a., werden zwar infolge der politischen Fördermaßnahmen relativ stark zunehmen, aber auch in den nächsten 10 bis 20 Jahren nur einen additiven Beitrag zur Energieversorgung leisten können.

Der Kohlenbedarf wird künftig etwas geringer als heute eingeschätzt. Die Steinkohlennachfrage wird sich langfristig bei etwa 60 Mio t SKE/Jahr behaupten. Aufgrund der rückläufigen Entwicklung bei der deutschen Steinkohle wird auch bei der Kohle die Einfuhr aus Drittländern weiter zunehmen, absehbar ist ein Anteil von 55% bereits im Jahr 2005.

Der Haupteinsatzbereich der deutschen wie der importierten

Steinkohle bleibt langfristig der Stromsektor. In diesem volkswirtschaftlich besonders wichtigen Sektor wird, vor allem auch infolge der Expansion des Erdgases, die Importabhängigkeit ebenfalls zunehmen. Mit einem nennenswerten Beitrag der heimischen Kohle und der – langfristig auslaufenden – Kernenergie könnte es jedoch gelingen, in den nächsten 15 Jahren die Versorgung noch zu etwa 70% mit inländischer Energieproduktion zu gewährleisten. Dabei sind die regenerativen Energien eingerechnet, die nach 2015/2020 eine stärkere Dynamik entfalten könnten.

Große Erwartungen werden auf den europäischen Binnenmarkt für Energie gerichtet, der einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten soll. Doch schafft der größere Markt keine neuen Ressourcen. Im Gegenteil werden die größten Energievorräte in der EU, die Kohlenvorräte, zunehmend aufgegeben. Die Kernenergie steht nicht nur in Deutschland vor Problemen. Demgegenüber werden die eigenen Öl- und Gasvorräte übermäßig beansprucht; ihre Erschöpfung zeichnet sich ab, schon in wenigen Jahren beim Öl und dann beim Gas.

In der EU-15 ist Deutschland kein Hochpreis-Stromland mehr; vielmehr zählen die industriellen Strompreise hierzulande inzwischen zu den günstigsten in Westeuropa. Der Standort Deutschland ist nicht nur für die stromintensive Industrie wieder attraktiv geworden; er hat auch für die Stromproduzenten an Stärke gewonnen. Die Suche nach neuen wettbewerbsfähigen Strukturen, um auf dem europäischen Strommarkt das Überleben zu sichern und Perspektiven zu schaffen, geht aber weiter. Unternehmensstrukturen stehen weiter auf dem Prüfstand, ebenso die Struktur des Kraftwerkparks und der Energieträger. Importenergien, vor allem Importgas, gelten als die künftigen Gewinner.

Insgesamt verstärken die Liberalisierung und die zunehmende Internationalisierung der Energiemärkte die Tendenz zu noch mehr Energieeinfuhren aus Drittländern. Die Folgen der großen und wachsenden Abhängigkeit werden jetzt wieder spürbar. Die internationalen Ölpreise sind im Spätsommer 2000 auf ein Niveau wie zuletzt beim Golfkrieg 1990/91 gestiegen. Die Gaspreise folgen. Die energiepreisbedingte Mehrbelastung der deutschen Volkswirtschaft im Jahr 2000 gegenüber 1999 ist auf über 30 Mrd. DM zu veranschlagen, dadurch werden fast 1% der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Anspruch genommen.

Die Nutzung heimischer Ressourcen in Deutschland, insbesondere also der Kohle, ist nicht nur aus Gründen einer größeren Sicherheit unserer Energieversorgung notwendig. Sie ist auch unter ökologischen und technologischen Aspekten wichtig, trägt sie doch maßgeblich dazu bei, die auf dem Weltmarkt führende Position bei den Energietechnologien zu erhalten und auszubauen. Dies ist nicht nur Voraussetzung für ökologische Fortschritte in Deutschland selbst, sondern auch für Export und Verbreitung moderner, ressourcenschonender und sauberer Energie- und Kohletechnologie weltweit. Heute werden höchste Anforderungen an die Effizienz der Technologie gestellt. Dazu zwingt der verschärfte Konkurrenzdruck, dem mit weiteren Rationalisierungserfolgen in allen Teilen der Energieproduktion und -verwendung bis zur Entsorgung begegnet werden muss. Dazu zwingen die wachsenden Umwelt- und Klimaprobleme vor allem in weniger entwickelten Ländern.

Anfang des 21. Jahrhunderts wird in vielen Teilen der Welt, etwa in Osteuropa und in China, Strom aus Kohle noch mit veralteter Technik erzeugt. Allein die Umrüstung des weltweiten Bestands an Kohlenkraftwerken auf heutigen deutschen Stand der Technik würde deren CO_2-Emissionen um ein Drittel senken. Z. B. liegen in China, dem größten Kohleland der Welt, die Wirkungsgrade der Kohlenkraftwerke im Durchschnitt unter 30%. Dagegen erreichen moderne Kohlenkraftwerke in Deutschland deutlich über 40%; Ziel sind mehr als 50%. Forschung und Entwicklung zielen auf das CO_2-freie Kohlenkraftwerk. Die Forschung konzentriert sich gegenwärtig auf die Abtrennung von CO_2 aus dem Rauchgas und die anschließende Nutzung für industrielle bzw. energetische Zwecke oder Lagerung z. B. in Erdöl- und Erdgasfeldern. Mit dem Start erster Projekte könnte schon in etwa 10 Jahren begonnen werden.

Die CO_2-Beseitigung ist, wie alle wirksamen Umweltmaßnahmen, nicht kostenlos zu haben; die Kosten dafür sind aber geringer zu veranschlagen als die für die neuen regenerativen Energien, wie z. B. Photovoltaik, deren Entwicklung für eine nachhaltige Energieversorgung auf lange Sicht als unbedingt notwendig angesehen wird.

Die Kohle steht somit nicht zurück hinter anderen als modern oder neu geltenden Energieformen, die für die Erzeugung von Strom und Wärme heute und in Zukunft verfügbar sind. Kohle ist zukunftsfähig. Sie ist, in Verbindung mit moderner Technik, eine nachhaltige Energieform. Sie ist dies dank der großen und relativ sicheren Vorräte, so dass sich darauf eine nachhaltige Kohlestrategie überall in der Welt gründen lässt. Eine entsprechende Gasstrategie, die in einigen westlichen Ländern, darunter Deutschland, intensiv verfolgt und von der Politik in vielfältiger Weise – z. B. mit einer einseitig gaslastigen KWK-Strategie – unterstützt wird, ist dagegen – wegen der begrenzten Reichweite der Reserven und der dieser Energie anhaftenden Liefer- und Preisrisiken – nicht durchhaltbar. Sie beschreibt lediglich eine Episode, die allerdings eine wirklich nachhaltige Strategie aus Kohle und regenerativen Energien zu behindern droht.

Die technologische Herausforderung hocheffizienter Kohlennutzung betrifft nicht nur den zentralen großtechnischen Einsatz von Kohle in Kraftwerken. Auch in zunehmend dezentralen Versorgungsstrukturen und sogar im Verkehr kann die Primärenergie Kohle über Vergasung und Verflüssigung neue Anwendungen eröffnen, insbesondere in vielen Ländern, die über Kohle, aber kaum über Erdöl und Erdgas verfügen.

Moderne Kohletechnologien, von der Gewinnungs- bis zur Umwelttechnik, werden deshalb noch lange einen großen und sich dynamisch entwickelnden internationalen Markt finden. Die deutsche Kohlewirtschaft, einschließlich der mit ihr verbundenen Industrie, kann und will mit ihrem Know-how einen möglichst großen Anteil an diesem Wachstumsmarkt gewinnen.

In enger Verbindung mit den ökologischen und technologischen Effekten stehen die strukturellen Effekte der Kohle, vor allem für den Arbeitsmarkt in Deutschland mit immer noch weit über 100 000 Arbeitsplätzen im Steinkohlenbergbau und seinem wirtschaftlichen Umfeld, die zudem regional stark konzentriert sind. Auch mit den rentablen Beteiligungsbereichen rund um die Kohle trägt die

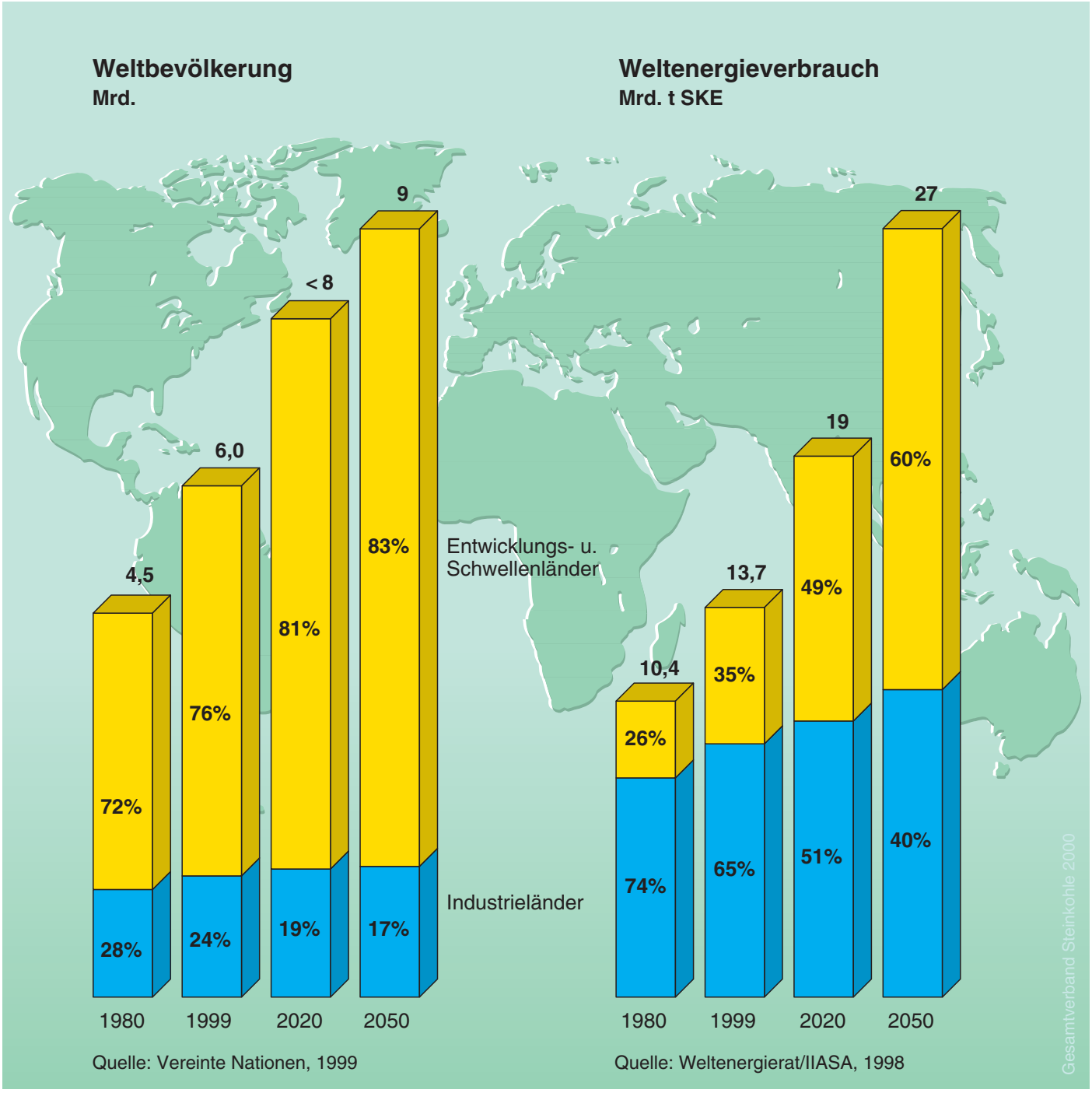
heimische Steinkohle maßgeblich zum Strukturwandel in den Bergbauregionen bei. Ein im Jahr 1999 von der Prognos AG im Auftrag von der Zukunftsaktion Kohlegebiete e.V. vorgelegtes Gutachten über Strukturwandel und Steinkohlenbergbau im Ruhrrevier hat festgestellt, dass ein zukunftsgerichteter Wandel in den Bergbauregionen nicht ohne, sondern mit dem Steinkohlenbergbau und seinen modernen Technologien erfolgen sollte. Ein Wandel „in ruhigem Fahrwasser" schafft die Zeit und das sozioökonomische Klima für den Aufbau neuer zukunftsorientierter Beschäftigungsalternativen innerhalb und außerhalb der Bergbauunternehmen.

Ein Resümee

Die heimische Steinkohle leistet wichtige Beiträge zu zukunftsfähigen Strukturen, die sich auf Dauer auch gesamtwirtschaftlich rechnen. Ihnen ist in der anstehenden Anschlussregelung über die Zeit nach 2005, die die Bundesregierung herbeiführen will, Rechnung zu tragen, um den Zugriff auf die heimische Lagerstätte zu erhalten und langfristig einen festen Kern an Steinkohle in Deutschland zu sichern.

Die Diskussion in der Politik über Zielgrößen für einen langfristig zu erhaltenden Sockel an heimischer Steinkohlenförderkapazität hat begonnen. Am Beginn der für die Zeit ab 2006 mit einem Horizont von mindestens 10 Jahren zu vereinbarenden Rahmendaten steht ein deutscher Steinkohlenbergbau mit 10 Bergwerken, 36 000 Beschäftigten und einem jährlichen Fördervermögen von 26 Mio t. Nach der Abdeckung der Kosten der noch laufenden Anpassung und von Altlasten besteht ein weiteres wesentliches Kostensenkungspotenzial. Bereits im Jahr 2001 werden die realen Förderkosten in den weiter laufenden Anlagen um 20% unter denen von 1994 liegen. Die künftig erzielbaren Erlöse richten sich indes nach dem Weltmarktpreis für Kohlen und deren Transportkosten. Ob und wann sich hier die heutigen Wettbewerbspositionen im globalen Spiel von Angebot und Nachfrage wieder grundlegend ändern, ist nicht prognostizierbar. Dennoch sind nennenswerte Versorgungsbeiträge eines optimierten Steinkohlenbergbaus aus Gründen strategischer und nachhaltiger Energievorsorge unverzichtbar und liegen im Interesse des zukunftsgerichteten Strukturwandels und der Sicherung moderner Arbeitsplätze am Energie- und Technologiestandort Deutschland. Um diesen Aufgaben zu genügen, wird der deutsche Steinkohlenbergbau aller Wahrscheinlichkeit nach auch künftig auf Subventionen angewiesen sein. Diese sind nicht höher als z. B. die, die für die Entwicklung der neuen regenerativen Energien benötigt werden. Im Unterschied zu den regenerativen Energien kann die deutsche Steinkohle ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Energieversorgung bereits heute leisten, gemeinsam mit diesen auch auf lange Sicht. Die Steinkohle ist ein nachhaltiger Energieträger – so weit und so lange der politische Rahmen ihr dies ermöglicht.

1


Weltbevölkerung
Mrd.
4,5
6,0
< 8
9
72%
76%
81%
83%
28%
24%
19%
17%
1980
1999
2020
2050
Quelle: Vereinte Nationen, 1999
Entwicklungs- u.
Schwellenländer
Industrieländer
Weltenergieverbrauch
Mrd. t SKE
10,4
13,7
19
27
26%
35%
49%
60%
74%
65%
51%
40%
1980
1999
2020
2050
Quelle: Weltenergierat/IIASA, 1998
Gesamtverband Steinkohle 2000

Sicherung der Energiezukunft – „Jetzt handeln“

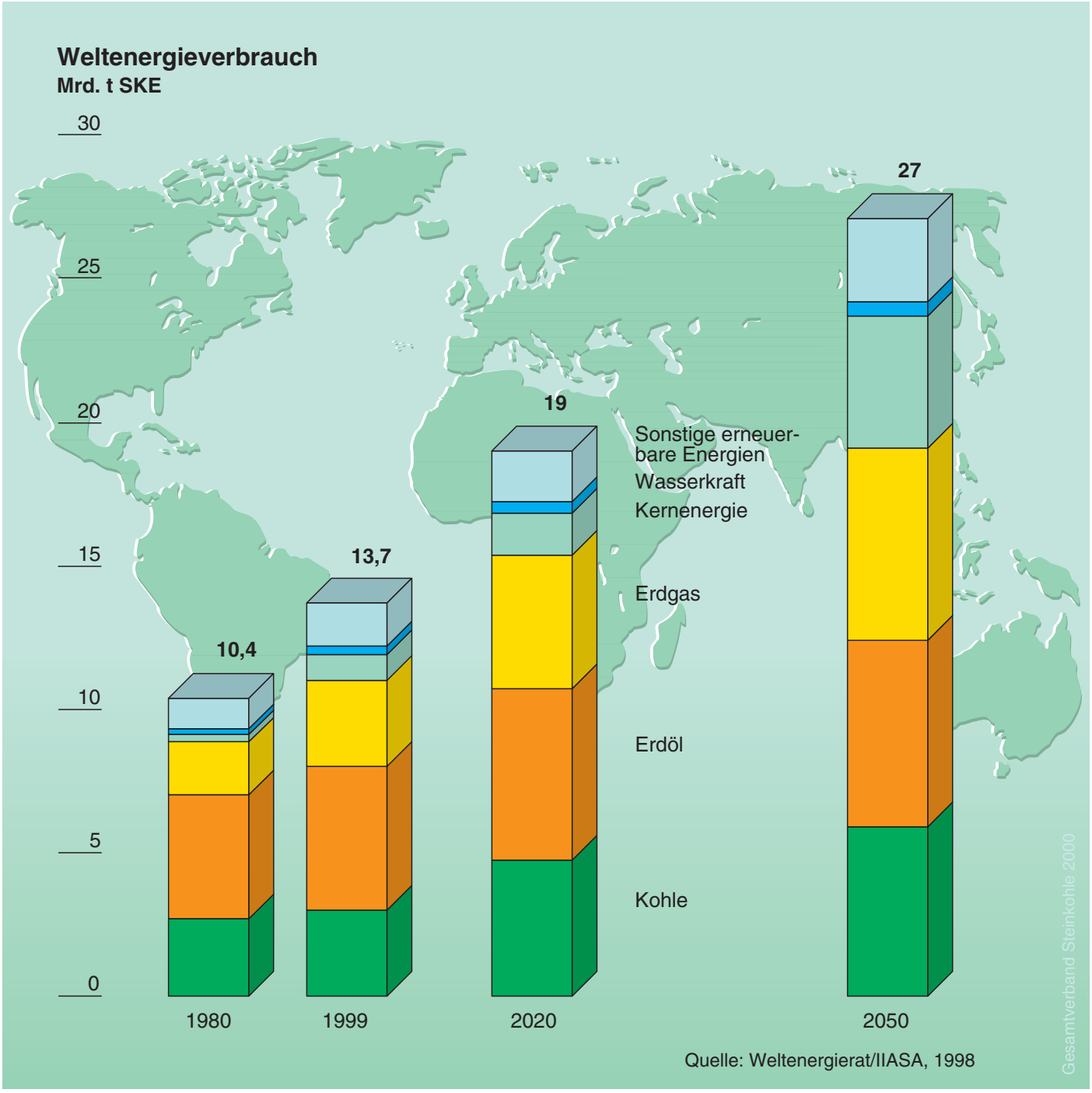
Der Weltenergiebedarf wird in den kommenden Jahrzehnten weiter deutlich ansteigen. Ein wesentlicher Grund dafür ist das anhaltende Wachstum der Weltbevölkerung, auch wenn sich dieses nach Feststellungen des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen in den letzten Jahren etwas verlangsamte. Der dynamischste Anstieg des Energieverbrauchs wird für die sich wirtschaftlich schnell entwickelnden Schwellenländer insbesondere Südostasiens und Südamerikas erwartet. Dort treffen ein wachsender Pro-Kopf-Energieverbrauch und ein hohes Bevölkerungswachstum zusammen.

So stützt das US-amerikanische Department of Energy (DOE) seine neueste Prognose des Weltenergieverbrauchs bis zum Jahr 2020 auch auf eine jährliche Wachstumsrate in den Entwicklungs- und Schwellenländern von 3,5% gegenüber 1,1% in den Industrieländern. Gegenüber 1997 erwartet das DOE damit insgesamt einen Anstieg der weltweiten Energienachfrage um 60%. Der Weltenergierat prognostizierte für die letzte Weltenergiekonferenz 1998 einen Anstieg um 40% auf rund 19 Mrd. t SKE im Jahr 2020.

Die am weitesten in die Zukunft reichenden Szenarien von Weltenergierat und dem International Institute for Applied System Analysis (IIASA) gehen von einer Verdopplung des Weltenergieverbrauchs bis 2050 und einer Verdreifachung bis 2100 gegenüber heute aus.

Energie ist eine entscheidende Voraussetzung für Wohlstand und Beschäftigung. Die weltweite Versorgung mit kommerzieller Energie ist damit künftig wie heute eine zentrale Herausforderung. Derzeit leben zwei Milliarden Menschen ohne Zugang zu kommerzieller Energie – im Jahr 2020 werden es vier Milliarden sein. Der Weltenergierat fordert in seiner neuesten Studie „Energy for Tomorrow’s World – Acting Now!” Fortschritte in der Versorgung der Entwicklungs- und Schwellenländer und will dies zum Maßstab für die Nachhaltigkeit des energiepolitischen Entwicklungsweges machen.

2


Weltenergieverbrauch
Mrd. t SKE
30
25
20
15
10
5
0
10,4
13,7
19
27
Sonstige erneuer-
bare Energien
Wasserkraft
Kernenergie
Erdgas
Erdöl
Kohle
1980
1999
2020
2050
Quelle: Weltenergierat/IIASA, 1998
Gesamtverband Steinkohle 2000

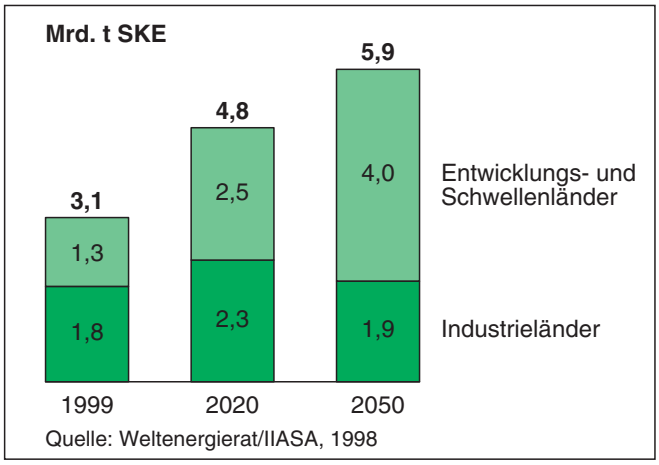
Fossile Energieträger unverzichtbar

Trotz zahlreicher Förderprogramme für die erneuerbaren Energien müssen auch weiterhin die klassischen Energien Erdöl, Erdgas und Kohle den wesentlichen Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs leisten. Auf Basis der bekannten wirtschaftlichen Vorräte weisen sie statische Reichweiten von rund 40 Jahren beim Erdöl, 65 Jahren beim Erdgas und von über 200 Jahren bei der Kohle auf.

Für das Jahr 2020 wird der Anteil der fossilen Energieträger Öl, Gas und Kohle unverändert auf 80% der Weltenergieversorgung veranschlagt. Nach Schätzungen von Weltenergierat/IIASA könnte der Anteil der fossilen Energien 2050 noch bei 68% und 2100 bei 45% liegen. Insbesondere die Kohle wird mit wachsendem Anteil zur Weltenergieversorgung beitragen.

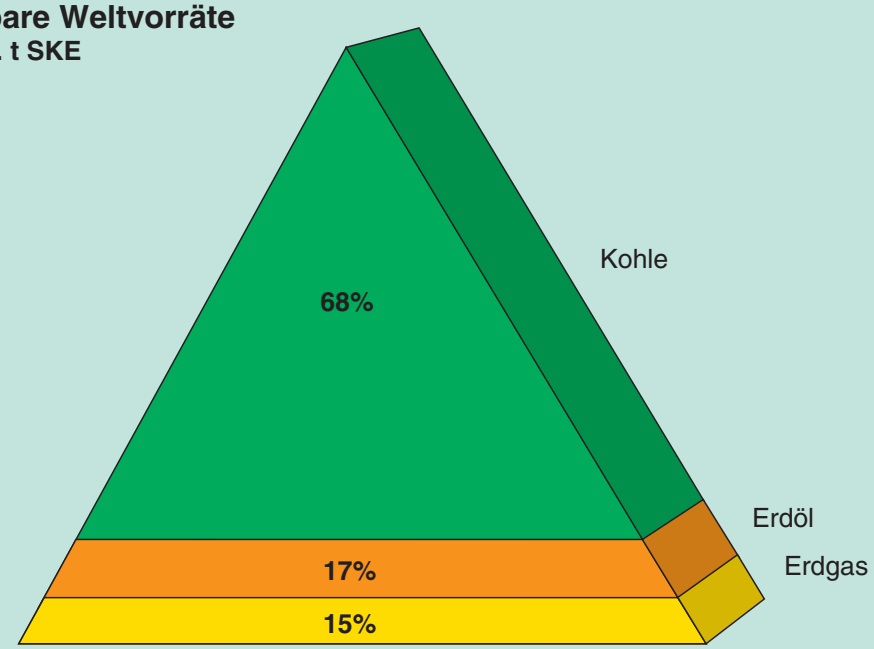
Auch wenn der Beitrag, den die erneuerbaren Energien zur Erhöhung der globalen Energieverfügbarkeit bis 2020 leisten können, begrenzt ist, erscheint ein grundlegender Umbau des Energiesystems auf lange Sicht möglich. Die meisten Prognosen gehen jedoch davon aus, dass dies nicht vor der Mitte dieses Jahrhunderts erfolgt. Dafür sind bereits heute Investitionen und Entwicklungsprogramme notwendig. Zugleich sind wachsende Investitionen in Energieangebot und Infrastruktur erforderlich, um den wachsenden Energiebedarf der nächsten Jahrzehnte zu decken. Der Weltenergierat schätzt den Investitionsbedarf hierfür bis 2020 auf 20 bis 30 Billionen US-$. Dies entspricht rund 3 bis 4% des Weltsozialproduktes.

Weltkohlenverbrauch

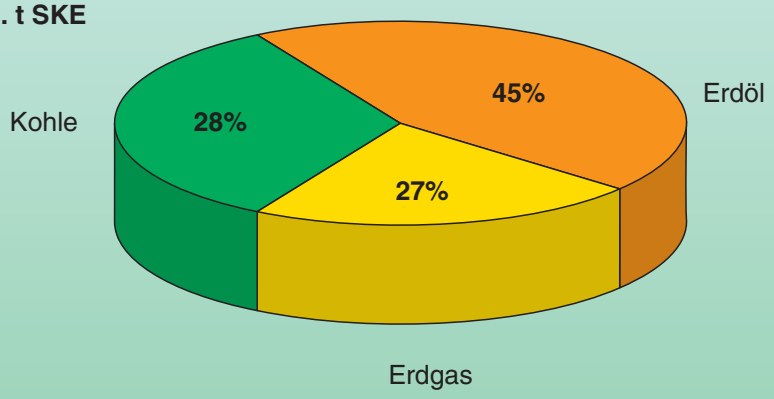


3

Gewinnbare Weltvorräte
1 172 Mrd. t SKE



Weltverbrauch 1999
10,9 Mrd. t SKE



Gesamtverband Steinkohle 2000

Missverhältnis zwischen Energievorräten und Verbrauchsstruktur

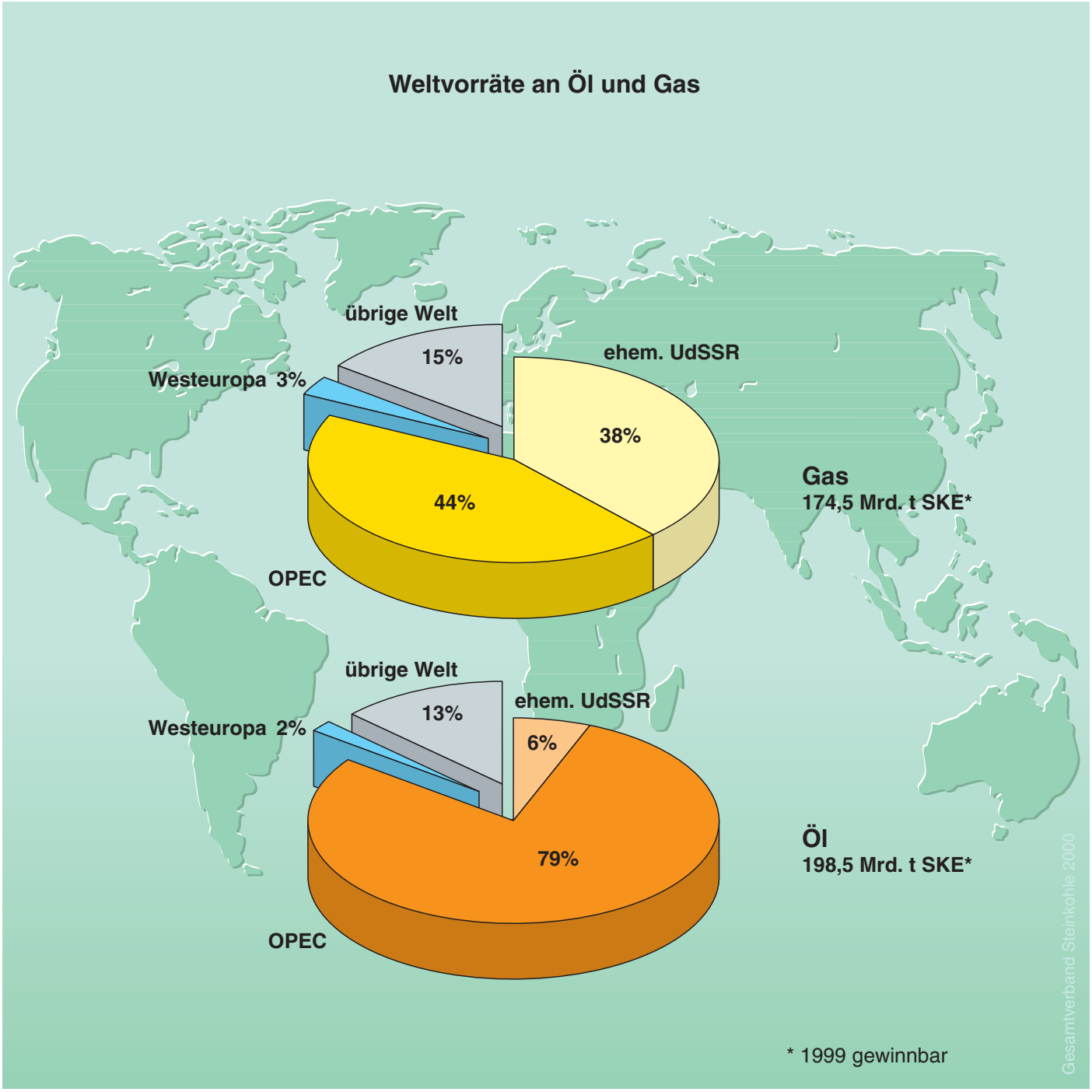
Kohle – Brücke zur Zukunft

Gegenwärtig ist etwa die Hälfte der Weltbevölkerung von Energieimporten abhängig, im Jahr 2020 werden es bei weltweit wachsendem Energieverbrauch etwa 80% sein. Hinter diesem raschen Anstieg stehen vor allem die dynamisch wachsenden Entwicklungs- und Schwellenländer Südostasiens, die selbst nur über geringe Energievorräte verfügen. So nimmt die Konkurrenz der Wirtschaftszentren um die knappen Energievorräte weiter zu, insbesondere zwischen Westeuropa und dem Fernen Osten. Westeuropa beansprucht über 20% des gesamten Weltölverbrauchs, besitzt aber nur 2% der Vorräte; bei Erdgas ist die Situation nur wenig besser.

Ähnlich ist die Ausgangslage im asiatisch-pazifischen Raum. Hier stehen einem Anteil von heute schon 27% am Weltölverbrauch lediglich 4% der Ölvorräte gegenüber. Die Möglichkeiten für eine Begrenzung der Versorgungsrisiken durch eine diversifizierte Struktur der Energielieferanten sind jedoch begrenzt.

Denn die Öl- und Gasvorräte sind zu rund vier Fünfteln auf politisch und wirtschaftlich instabile Regionen der Welt (OPEC, ehemalige UdSSR) konzentriert. Zudem dürfte etwa im Jahr 2015 weltweit die Hälfte der konventionellen Ölvorräte verbraucht sein. Damit werden die energiereichen Regionen zwangsläufig ihren Anteil an der globalen Erdöl- und Erdgasförderung ausweiten. Das US-Energieministerium (DOE) schätzt, dass der Anteil der OPEC-Staaten an der Weltölförderung im Jahr 2020 bereits wieder mehr als die Hälfte ausmachen könnte.

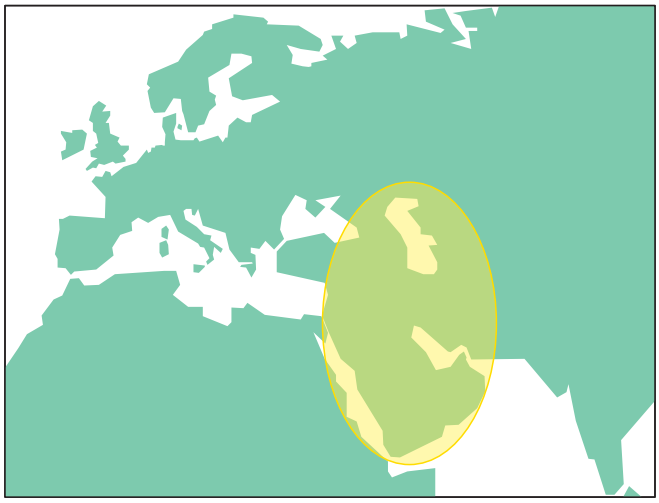
Die weltweiten Kohlenvorräte und ihr Verhältnis zum gegenwärtigen Verbrauch erlauben auch in der Zukunft noch expansive Entwicklungen. Neben dem Umfang der Kohlenvorräte ist ihre global ausgewogene Verteilung von besonderer Bedeutung.


Weltvorräte an Öl und Gas
übrige Welt
15%
ehem. UdSSR
38%
Westeuropa 3%
44%
OPEC
Gas
174,5 Mrd. t SKE*
übrige Welt
13%
ehem. UdSSR
6%
Westeuropa 2%
79%
OPEC
Öl
198,5 Mrd. t SKE*
* 1999 gewinnbar
Gesamtverband Steinkohle 2000

Unruhezone „Strategische Ellipse“

Selbst wenn es in den nächsten Jahren und Jahrzehnten keine geologischen, ökonomischen oder ökologischen Engpässe für die Deckung des wachsenden Weltenergiebedarfs geben sollte, so sind damit keineswegs die geopolitischen Risiken der Energieversorgung gebannt.

Vor allem die weltweiten Öl- und Gasvorräte konzentrieren sich nach wie vor auf politische Unruhezonen. Allein in der relativ schmalen Region vom Persischen Golf bis hinauf zum Kaspischen Meer, von vielen Energieexperten als „Strategische Ellipse” bezeichnet, lagern rund 70% der Ölreserven und etwa 40% der Erdgasreserven der Welt.

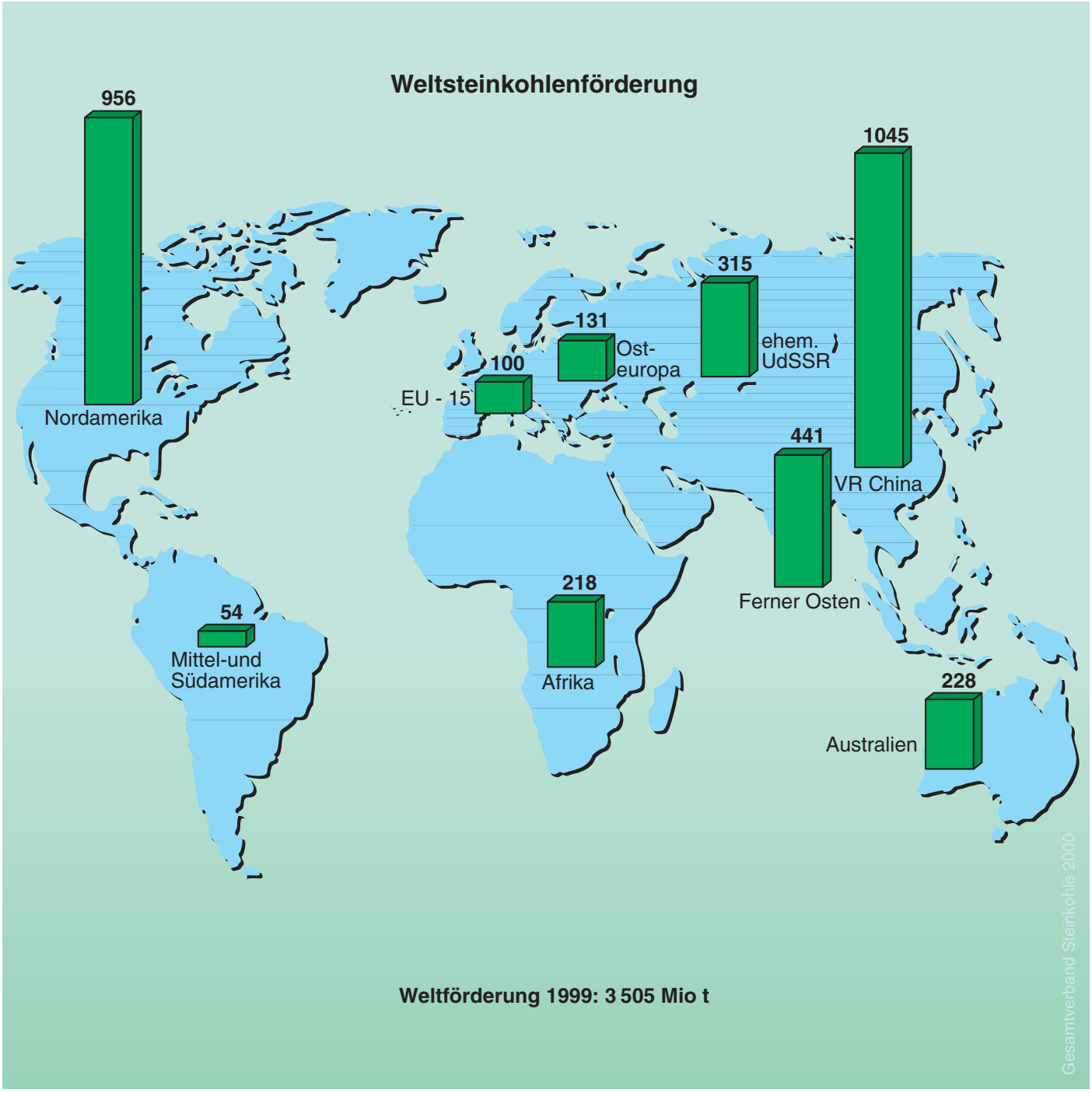


„Strategische Ellipse“ der Öl- und Gasreserven

Schon heute ist ein Wettlauf der öl- und erdgasarmen Regionen Westeuropas und des Fernen Ostens um den Zugang zu diesen strategisch wichtigen Lagerstätten im Gange, bei dem auch Russland, China und die USA ihre Interessen zu wahren suchen. Hinzu kommen die dabei zwangsläufig erstarkenden nationalen Eigeninteressen der Länder dieser Region. Daraus resultierende Liefer- und Preisrisiken gelten keineswegs nur für eine fernere Zukunft. Im Jahr 2000 hat die OPEC erstmals seit dem Golf-Krieg für neue Höchststände bei den Ölpreisen gesorgt.

Indessen sind gerade in dieser Region die Gefahren politischer Krisen und des Terrorismus durch religiösen Fundamentalismus, ethnischen Separatismus und soziale Gegensätze groß. Hinzu kommt, wie eine Ende 1999 vorgelegte Studie des Center for Strategic and International Studies in Washington festgestellt hat, das mögliche Schwinden des westlichen Einflusses durch die geringer werdende Bereitschaft der USA zu militärischen Interventionen oder anti-westliche innenpolitische Entwicklungen.

5

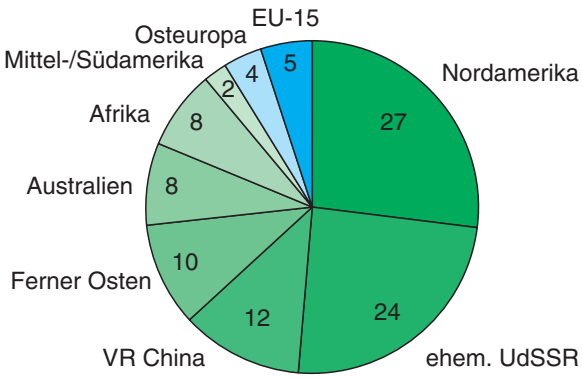

Weltsteinkohlenförderung
956
Nordamerika
54
Mittel-und
Südamerika
100
EU - 15
131
Ost-
europa
315
ehem.
UdSSR
1045
VR China
441
Ferner Osten
218
Afrika
228
Australien
Weltförderung 1999: 3 505 Mio t
Gesamtverband Steinkohle 2000

Weltförderung an Steinkohle

Weltweit attraktiver Energieträger

Vor dem Hintergrund der schnell wachsenden globalen Energienachfrage wird die Bedeutung der Kohle weiter zunehmen. Für ihre verstärkte Nutzung sprechen die reichlich vorhandenen Vorräte und ihre Wettbewerbsfähigkeit. So prognostiziert das US-Energieministerium (DOE) einen Anstieg der weltweiten Steinkohlenförderung von derzeit 3,5 Mrd. t bis zum Jahr 2020 um mehr als die Hälfte auf dann 5,5 Mrd. t jährlich.

Auch darüber hinaus ist nach Erwartung von Weltenergierat/IIASA mit steigenden Jahresfördermengen zu rechnen. Kohle wird langfristig ein attraktiver Energieträger bleiben, zumal sie regional wesentlich ausgewogener verteilt ist als Öl und Gas.



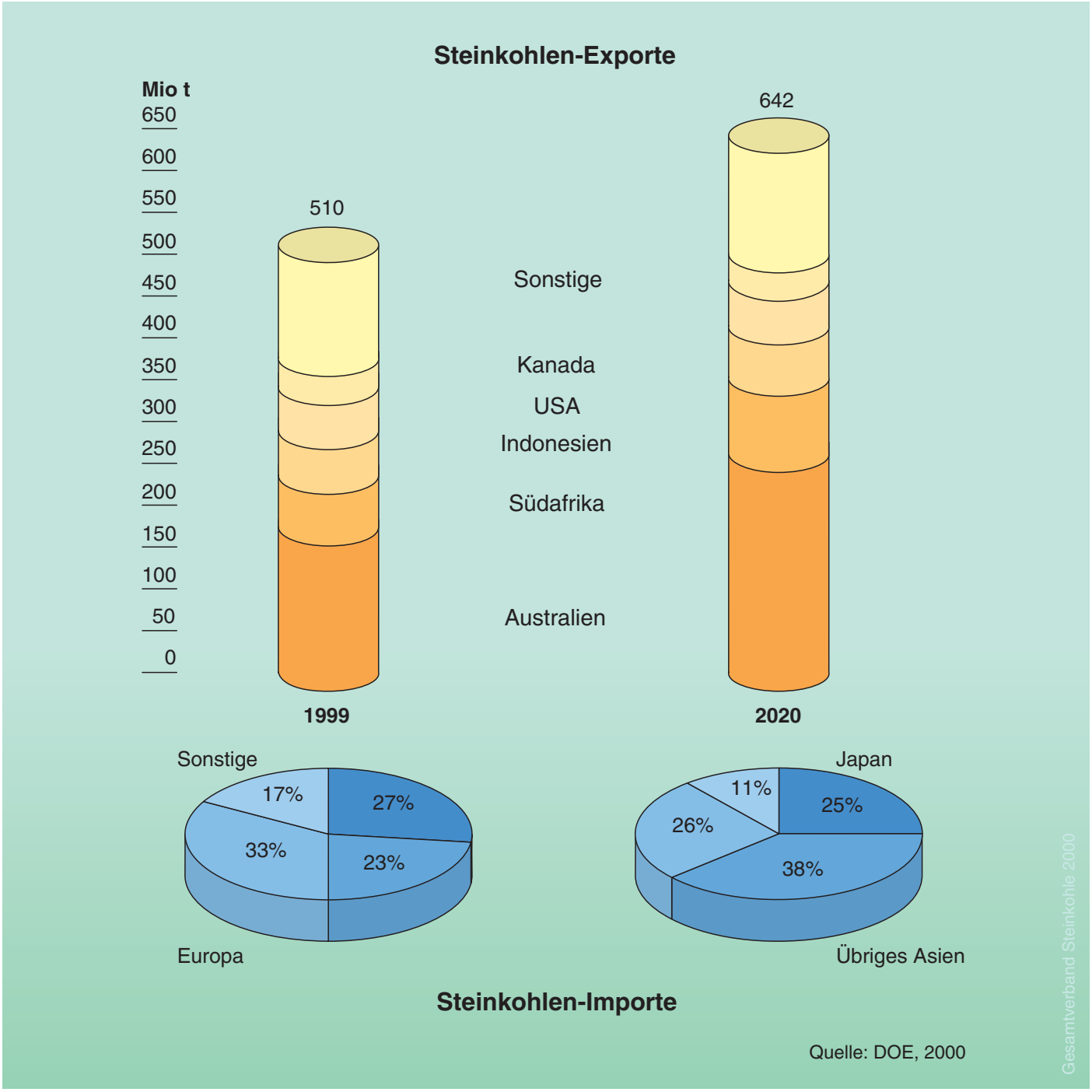
1999 weltweit gewinnbar: 798,8 Mrd. t SKE

Anteil der Regionen an den Weltkohlenvorräten in Prozent

Doch anders als Erdgas und vor allem Erdöl – letzteres wird heute schon zu über 55% international gehandelt – wird Kohle bei einem Handelsanteil von unter 15% überwiegend in den Förderländern verbraucht.

Rund 60% der derzeit geförderten Kohlenmengen entfallen auf die USA und auf China. In den USA wird die Kohle fast ausschließlich, zu rund 90%, zur Stromerzeugung eingesetzt. Daran wird sich längerfristig nichts Wesentliches verändern. Um seinen stark wachsenden Energiebedarf zu decken, ist China auf die Steinkohle als einzige kostengünstige Energiequelle angewiesen. Zwar hat die Wirtschaftskrise in den letzten Jahren zu einer deutlichen Förderrücknahme geführt. Mit deren Überwindung wird die Kohlenförderung aber planmäßig wieder ausgeweitet.

Für die weltweite Kohledynamik wird Indien immer wichtiger. Prognosen erwarten hier einen Anstieg der Förderung um bis zu 80% innerhalb der nächsten zehn Jahre. Doch dürften selbst diese zusätzlichen Fördermengen kaum ausreichen, um den stark wachsenden Energie- und insbesondere Kohlenbedarf Indiens zu decken.


Steinkohlen-Exporte
Mio t
650
600
550
500
450
400
350
300
250
200
150
100
50
0
510
642
Sonstige
Kanada
USA
Indonesien
Südafrika
Australien
1999
2020
Sonstige
17%
27%
33%
23%
Europa
Japan
11%
25%
26%
38%
Übriges Asien
Steinkohlen-Importe
Quelle: DOE, 2000
Gesamtverband Steinkohle 2000

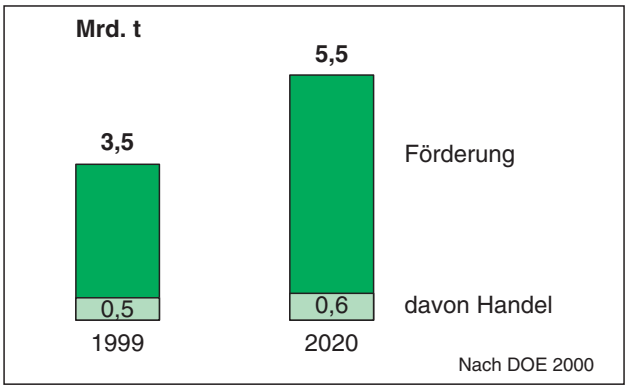
Zunehmende Nachfrage-konkurrenz

Um den steigenden Kohlenbedarf vor allem in Ländern ohne eigene Kohlenvorräte zu decken, muss der Weltkohlenhandel langfristig kräftig wachsen.

Nachdem der Weltkohlenhandel im Jahr 1999 stagnierte, werden vor allem von der wirtschaftlichen Erholung in Südostasien kräftige Impulse ausgehen. Das US-Energieministerium (DOE) rechnet in seiner jüngsten Prognose mit einem Anstieg der weltweit gehandelten Steinkohle von 510 Mio t in 1999 auf rund 640 Mio t in 2020. Das DOE ist damit zwar immer noch zurückhaltender als die Internationale Energie-Agentur (IEA), hebt allerdings die eigene Vorjahresprognose deutlich an.

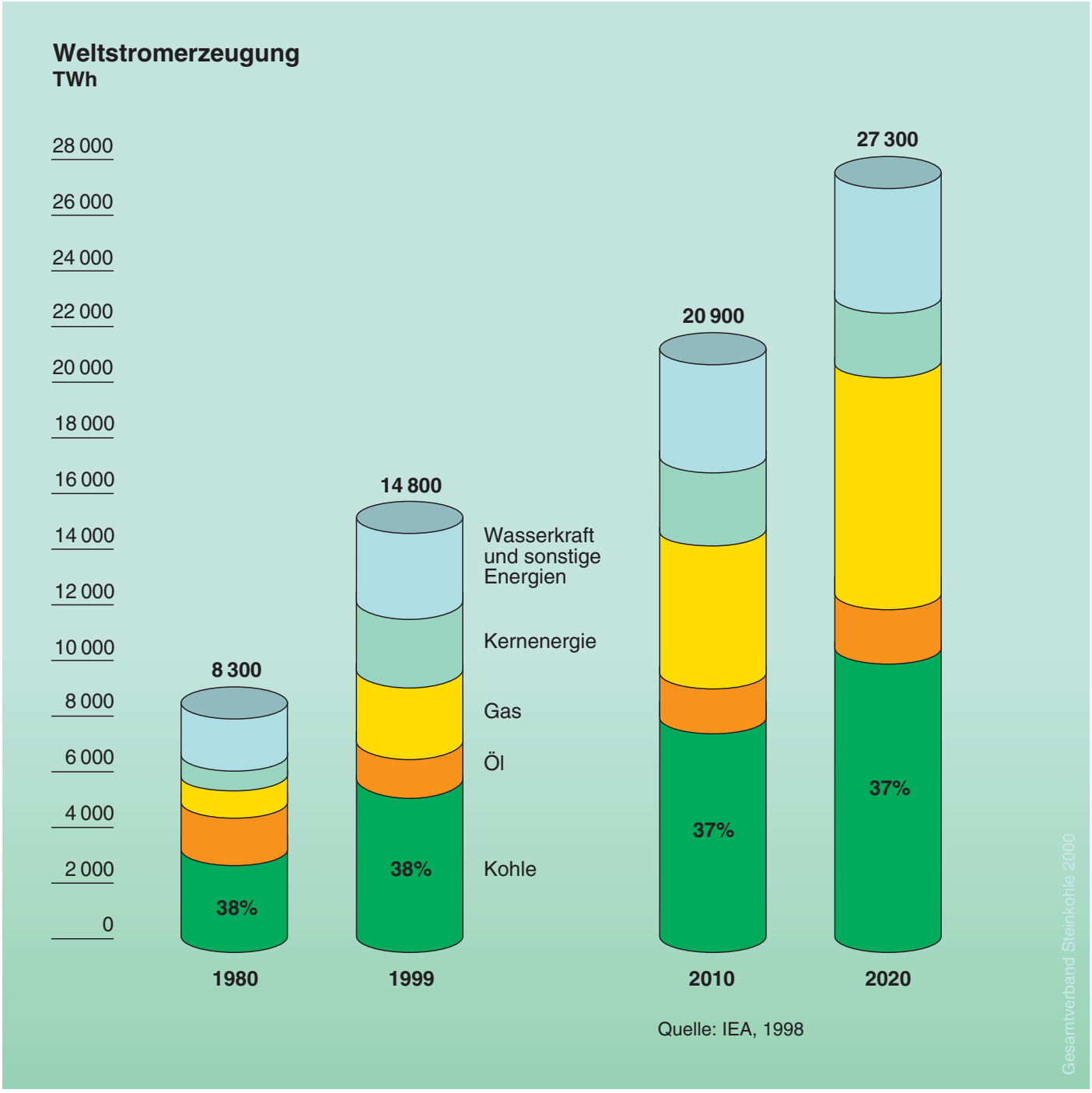
Der Anteil der international gehandelten Kohle an der Weltsteinkohlenförderung bleibt relativ konstant. Die regionale Verteilung der Kohlenströme wird sich allerdings stark wandeln. Der stärkste Nachfrageschub am Weltkohlenmarkt wird längerfristig in Asien erwartet. Dem steht eine in etwa stabile Importnachfrage Europas gegenüber. Auch auf den Kohlenmärkten treten Europa und Asien in eine verstärkte Nachfragekonkurrenz. Australien als wichtigstes Exportland wird davon am meisten profitieren und zwei Drittel der zusätzlichen Nachfrage bedienen.

In der gegenwärtigen Diskussion über CO_2 und Klima werden in den Kohlenexportländern vielfach Investitionen zurückgehalten. Dabei wären aber hohe Investitionen notwendig, um die erforderlichen Neuaufschlüsse und den Ausbau der Infrastruktur zu ermöglichen und den weltweit zunehmenden Umweltschutz- und Sicherheitsanforderungen zu entsprechen. Insgesamt ist der Investitionsbedarf bis 2020 nach Schätzungen des Weltenergierats auf bis zu 4 000 Mrd. US-$ zu veranschlagen. Der Druck auf Kosten und Preise nimmt zu, der Trend zu einer weiteren Konzentration und wachsenden Unternehmensgrößen festigt sich.



Weltsteinkohlen-förderung

7


Weltstromerzeugung
TWh
28 000
26 000
24 000
22 000
20 000
18 000
16 000
14 000
12 000
10 000
8 000
6 000
4 000
2 000
0
8 300
14 800
20 900
27 300
38%
38%
37%
37%
Wasserkraft und sonstige Energien
Kernenergie
Gas
Öl
Kohle
1980
1999
2010
2020
Quelle: IEA, 1998
Gesamtverband Steinkohle 2000

Zukunft mit sauberer Kohletechnologie

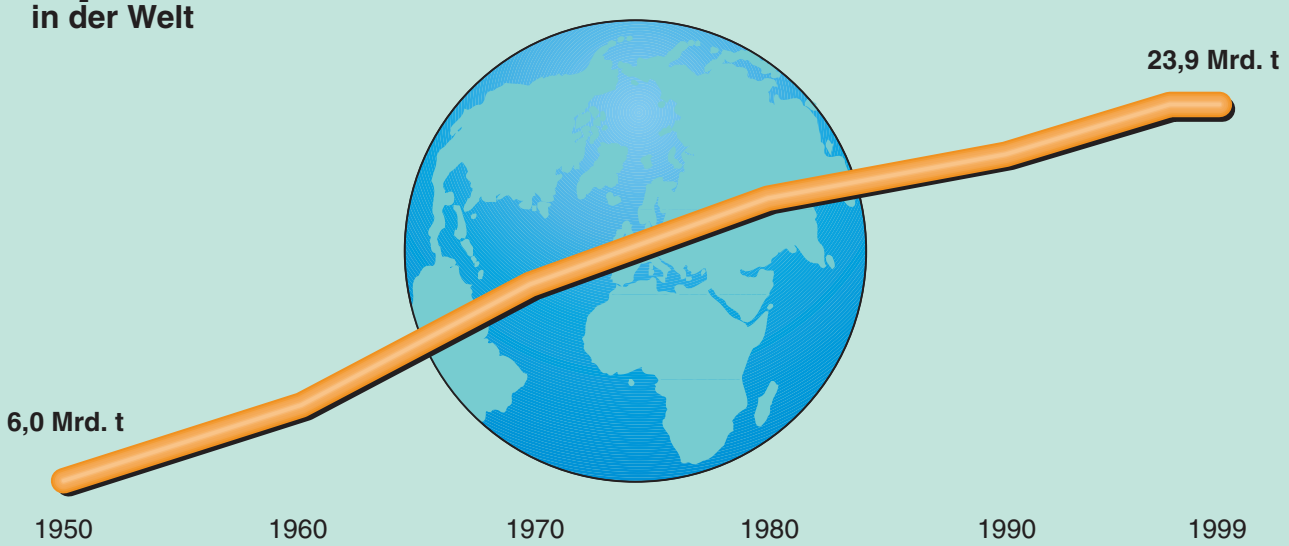
Rund 60% der weltweiten Kohlenförderung wird heute in Kraftwerken eingesetzt. Kohle deckt weltweit rund 38% der Stromerzeugung und ist damit Energieträger Nr. 1 in der Weltstromerzeugung. In vielen Ländern, in denen Kohle gefördert wird, ist sie der dominierende Energieträger für die Stromerzeugung, z. B. in Südafrika mit knapp 90%, in Australien mit über 80%, in China und Indien mit etwa 75% und in den USA mit mehr als 50%. Große Kohleländer wie Südafrika und China sehen im Ausbau der Elektrizitätserzeugung auf Kohlenbasis einen wichtigen Standortfaktor im Wettbewerb um Investoren.

Die Dynamik der Kohlennachfrage wird hauptsächlich von der wachsenden Kohlenverstromung getragen. Strom ist eine Modernisierungsenergie, vor allem auch für Wirtschaftswachstum und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Zur Deckung des wachsenden Strombedarfs in diesen Ländern wird vor allem Kohle eingesetzt. Nach neuesten Prognosen des US-Energieministeriums (DOE) wird der bis 2020 weltweit erwartete zusätzliche Kohlenbedarf zu mehr als 90% auf die Elektrizitätssektoren Chinas und Indiens entfallen.

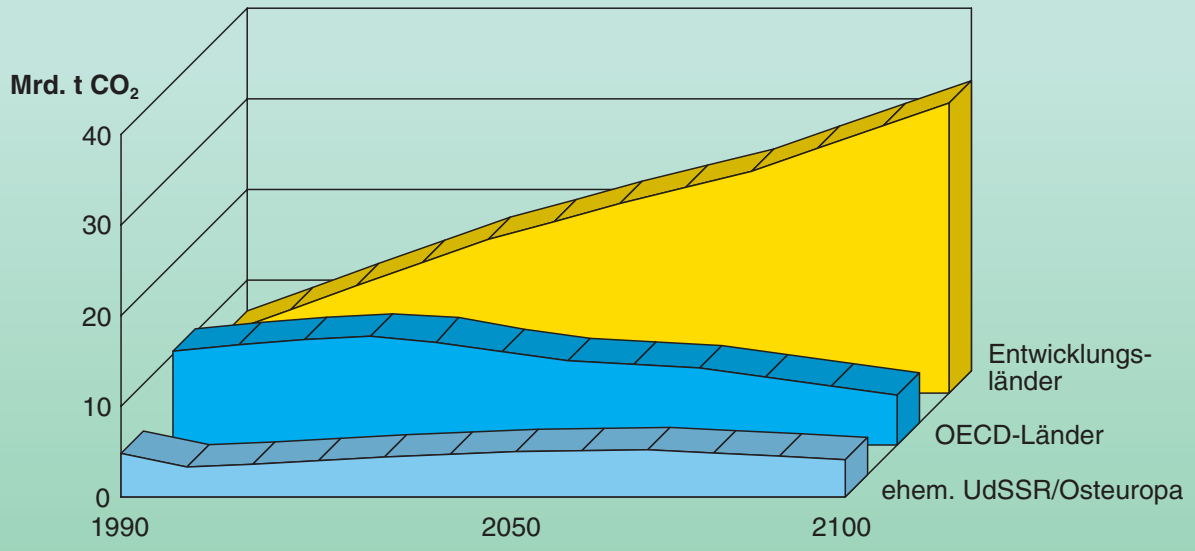
In den westlichen Industrieländern hängt die künftige Bedeutung der Kohle in der Stromerzeugung maßgeblich davon ab, ob es gelingt, mit sauberen Kohletechnologien den sich weiter verschärfenden Umweltanforderungen und dem Druck der Klimadiskussion zur Reduzierung der CO_2-Emissionen zu begegnen. „Clean-Coal”-Technologien wie die Druckkohlenstaubfeuerung und der Kohle-Gas-Kombiprozeß ermöglichen deutliche Verbesserungen in Richtung sauberer und effizienter Nutzung der Kohle. Derzeitige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten haben ein völlig „CO_2- und abgasfreies” Kohlenkraftwerk zum Ziel.

Kohle sieht sich auf zunehmend liberalisierten Strommärkten weltweit der wachsenden Konkurrenz des Erdgases ausgesetzt, die mit betriebswirtschaftlichen Vorteilen – insbesondere kürzeren Kapitalbindungszeiten – begründet wird. Preis- und Versorgungsrisiken eines wachsenden Erdgasbezuges aus politisch instabilen Regionen bleiben dabei außer Ansatz. Auch energetisch macht dies wenig Sinn. Erdgas sollte für höherwertige Verwendungszwecke so lange wie möglich erhalten werden.

Energiebedingte CO_2-Emissionen in der Welt



Entwicklung der CO_2-Emissionen



Quelle: Weltenergierat/IIASA, 1998

Gesamtverband Steinkohle 2000

Regional unterschiedliche Entwicklungen

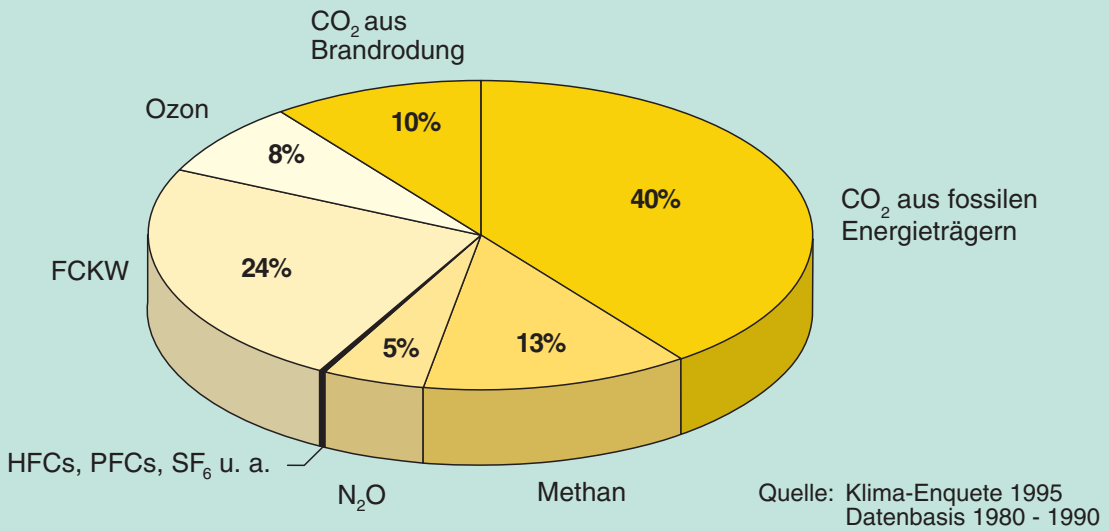
Die globalen CO_2-Emissionen aus der Nutzung fossiler Energieträger sind zwischen 1990 und 1998 um 6% angestiegen. Seitdem sind sie praktisch nicht weiter gewachsen.

Dies ist das Ergebnis unterschiedlicher Entwicklungen. Emissionszuwächse waren bei hohem Wirtschaftswachstum im nordamerikanischen Wirtschaftsraum, aber auch in einigen Ländern der Europäischen Union zu verzeichnen. In der ehemaligen UdSSR traten als Folge der ökonomischen Schwierigkeiten deutliche Emissionsrückgänge auf. In Deutschland sind die CO_2-Emissionen seit 1990 ebenfalls deutlich zurückgegangen.

Auch künftig werden die höchsten Emissionszuwächse in den Entwicklungs- und Schwellenländern wie China und Indien auftreten. Energieszenarien rechnen damit, dass bereits im Jahr 2010 die Emissionen dieser Länder die Emissionen der Industrieländer übersteigen werden. Deshalb wird sich der globale Klimaschutz, der eine langfristige Aufgabe darstellt, darauf ausrichten müssen, längerfristig auch die Emissionen der heutigen Entwicklungs- und Schwellenländer zu begrenzen.

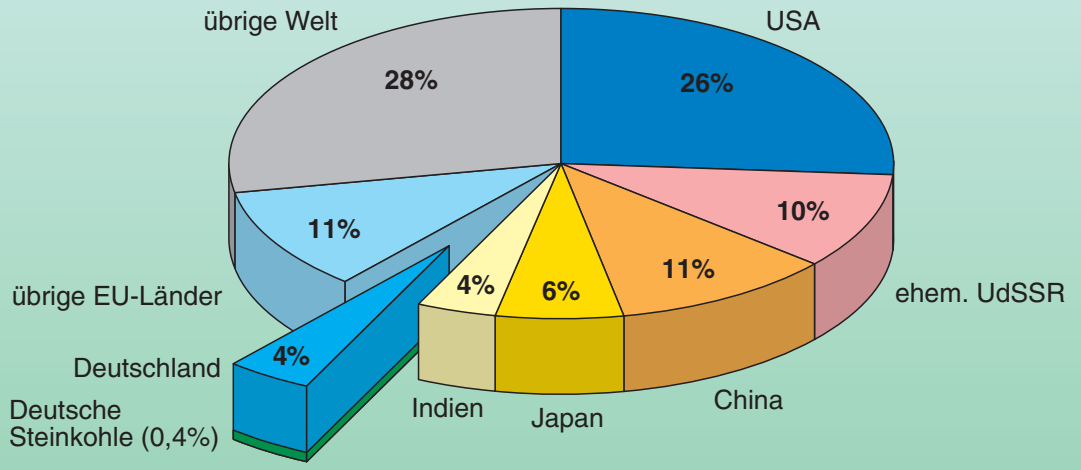
Erfolgversprechend hierbei ist insbesondere die weitere Verbesserung von Technologien der fossilen Energieverwendung, da diese Energien auf absehbare Zeit die wichtigste Quelle der weltweiten Energieversorgung darstellen werden. Die Anwendung der im Kyoto-Protokoll vereinbarten flexiblen Mechanismen, wie z. B. der Clean Development-Mechanismus (CDM), bieten hierfür geeignete Möglichkeiten. Besonders moderne Kohletechnologien, wie sie auch in Deutschland entwickelt wurden, können einen wichtigen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz und einer nachhaltigen Entwicklung leisten.

Anteil der Spurengase am Klimarisiko



Quelle: Klima-Enquete 1995
Datenbasis 1980 - 1990

Länder-Anteile energiebedingter CO_2-Emissionen 1999



nach BP, 2000

Gesamtverband Steinkohle 2000

Neue Herausforderungen

Stichwort:
Kyoto-Protokoll

Vereinbarte Emissionsminderung:

Industriestaaten	- 5,2%
EU	- 8,0%
USA	- 7,0%
Japan	- 6,0%

Erfasste Gase:

CO_2, CH_4, N_2O, HFCs, PFCs, SF_6

Erforderlich zur Ratifizierung:

55 Länder; 55% der Emissionen der Industriestaaten müssen erfasst sein

Flexible Instrumente:

- Handel mit Emissionsrechten
- Joint Implementation
- Clean Development Mechanism

Sowohl die internationale als auch die nationale Klimapolitik wird von der Umsetzung und konkreten Ausgestaltung des Ende 1997 im japanischen Kyoto beschlossenen Klimaschutzprotokolls bestimmt. Über die Modalitäten und Ausgestaltung der Umsetzung des Kyoto-Protokolls ist in den letzten beiden Jahren auf den UN-Vertragsstaatenkonferenzen und zwischengeschalteten Verhandlungsrunden intensiv gerungen worden. Ziel ist es, bis zur 6. Vertragsstaatenkonferenz, die im November des Jahres 2000 in Den Haag stattfinden soll, endgültige Einigung über die Umsetzung zu erzielen.

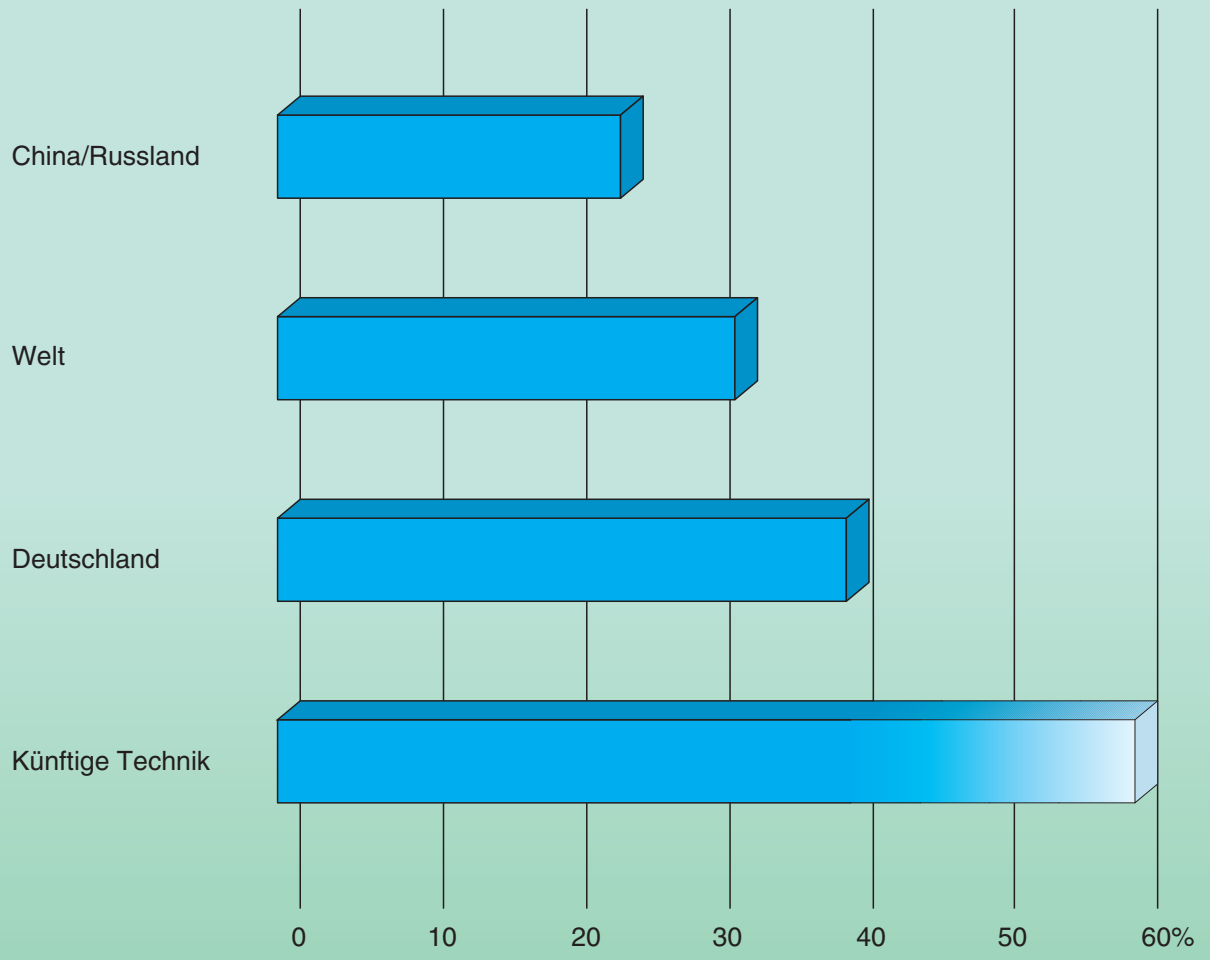
Vorrangig geht es hierbei um die Ausgestaltung der sogenannten flexiblen Instrumente im Klimaschutz. Diese flexiblen Instrumente sollen die Umsetzung des Protokolls zu den geringstmöglichen Kosten gewährleisten.

Innerhalb der Industriestaaten, die sich zu Minderungsmaßnahmen verpflichtet haben, besteht gegenwärtig jedoch noch keine Einigkeit über die Handhabung der flexiblen Instrumente.

Während die außereuropäischen Industriestaaten, wie z. B. die USA, Japan und Australien, an einer möglichst weitgehenden Flexibilität festhalten möchten, bei der keine konkrete Obergrenze für den Rückgriff auf die flexiblen Instrumente zur Erfüllung der Klimaschutzziele festgeschrieben wird, will die Europäische Union hier eine Obergrenze von 50% festlegen. Eine Verständigung ist dringend notwendig, damit die Klimaschutzziele auf die für die jeweiligen Volkswirtschaften kostengünstigste Weise erreicht werden können.

Wichtig ist vor allem, dass die Rahmenbedingungen für die Anwendung der Kyoto-Mechanismen so gestaltet werden, dass Anreize für den Export moderner Kraftwerkstechniken geschaffen werden. Davon darf keine Technologie ausgenommen werden, insbesondere saubere Kohletechnologien müssen Bestandteil dieser Instrumente sein.

Wirkungsgrade von Steinkohlenkraftwerken



Gesamtverband Steinkohle 2000

Ziel: CO_2-freies Kraftwerk

Stichwort: „Vision 21“

Mit der Vision 21 verfolgt das US-Department of Energy (DOE) einen neuen Ansatz zur Integration fortgeschrittener Verfahren zur Steigerung der Energieeffizienz und Emissionsverringerung in einer neuen Klasse von Kraftwerken. Ziele sind:

Wirkungsgradverbesserung:

In der Stromerzeugung beim Einsatz von Kohle auf mehr als 60%; thermische Effizienz in der kombinierten Strom-/Wärmeerzeugung: zwischen 85 und 90%.

Emissionsverringerung:

Nahezu vollständige Vermeidung klassischer Luftschadstoffe; Verringerung der CO_2-Emissionen um 40 - 50% durch effiziente Verbrennungstechniken; völlige CO_2-Vermeidung durch Anwendung von Sequestrierungstechniken.

Nebenprodukte:

Wärme und Dampf für industrielle Anwendungen, gasförmige und flüssige Brennstoffe für den Einsatz in Brennstoffzellen und zu industriellen Zwecken.

Auf die Nutzung der Kohle kann nicht verzichtet werden. Sie besitzt unter den fossilen Energien die mit Abstand größten Vorkommen, die, anders als Öl und Gas, regional breit gestreut sind. Die Kernenergie hat Probleme. Die regenerativen Energien werden noch lange Zeit nur einen additiven Beitrag leisten können. Die Substitution von Kohle durch CO_2-ärmere Energieträger, insbesondere Gas, ist mit einer nachhaltigen Energieversorgung nicht vereinbar. Die Klimaschutzanforderungen nehmen aber zu. Die Kohle trägt diesen Anforderungen durch eine Technologieoffensive Rechnung:

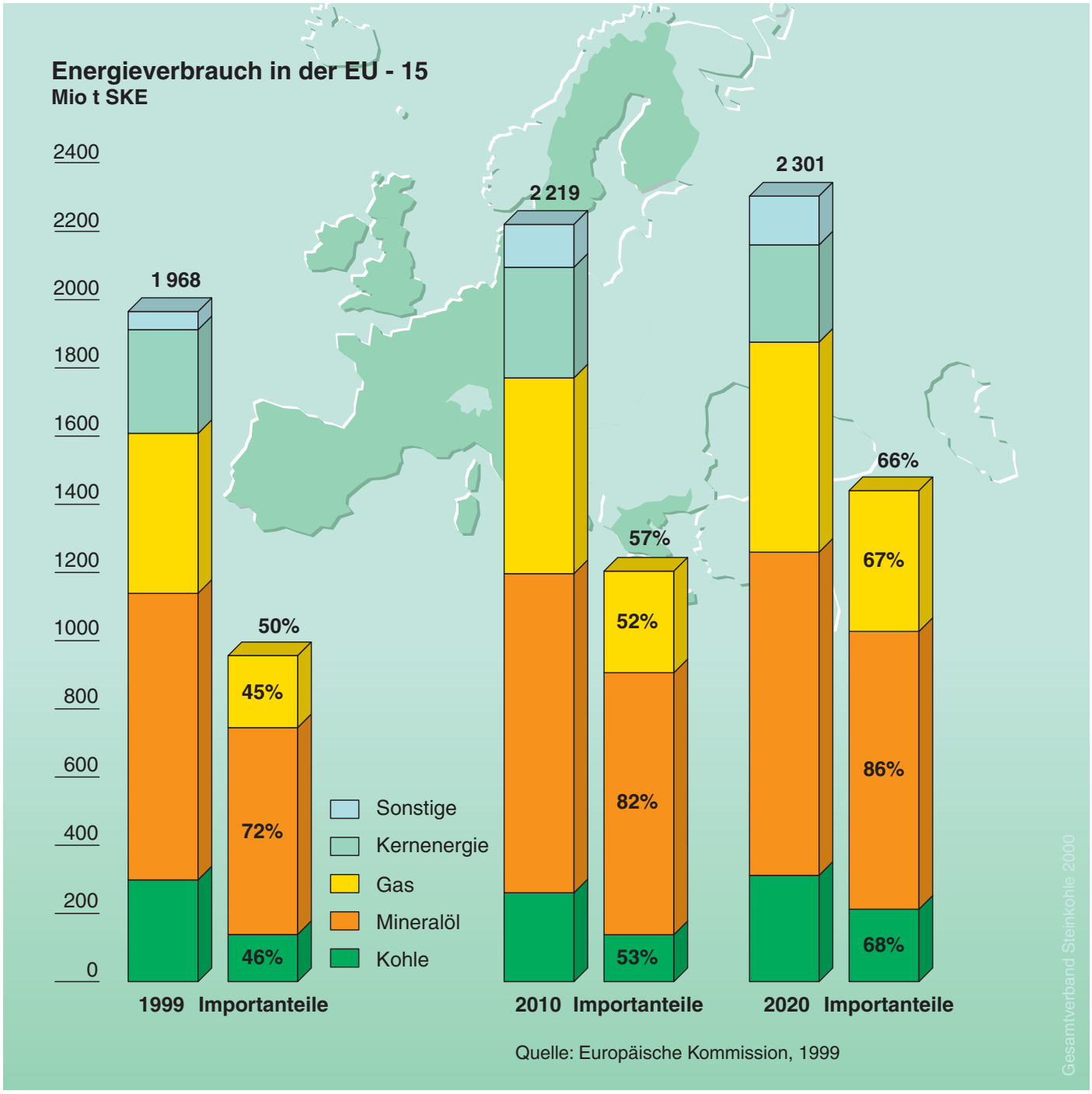
Insbesondere die Technik im größten Einsatzbereich der Kohle, der Elektrizitätswirtschaft, wird ständig verbessert. Mittelfristig sind Wirkungsgradsteigerungen bei Steinkohlenkraftwerken auf bis zu 60% möglich, in vielen Teilen der Welt werden heute noch Kohlenkraftwerke mit einem Wirkungsgrad von 30% betrieben.

Effizienzverbesserungen sind z. B. bei Kondensationskraftwerken durch Einsatz neuer Werkstoffe oder in Kohle-Kombikraftwerken (mit Druckwirbelschichtfeuerung, integrierter Vergasung sowie mit Druckkohlenstaubfeuerung) zu erreichen.

Ein wichtiger Schritt zu einer nachhaltigen Energieversorgung mit Kohle ist die Entwicklung des CO_2-freien Kohlenkraftwerks. Hierauf konzentrieren sich bereits viele internationale Forschungs- und Entwicklungsprojekte, auch unter Beteiligung des deutschen Steinkohlenbergbaus. Ziel ist die Abtrennung von CO_2 aus den Rauchgasen und seine anschließende Lagerung (z. B. in erschöpften Erdöl- bzw. Erdgasfeldern) oder chemische Umwandlung zur Verwendung z. B. in Baustoffen oder als Energieträger zum Einsatz in Brennstoffzellen.

Kohle ist also keine alte Energie, wie dies – im Gegensatz zu den so genannten „neuen” Energien – oft behauptet wird. Tatsächlich ist Kohle ein Energieträger mit Zukunft, mit moderner, effizienter und umweltfreundlicher und im Vergleich zu vielen regenerativen Energien auch kostengünstiger Technik. Moderne Kohletechnologien, in Deutschland entwickelt und angewendet, tragen auch zur Lösung von Klimaproblemen in Ländern mit weniger entwickelter Technik bei.

11

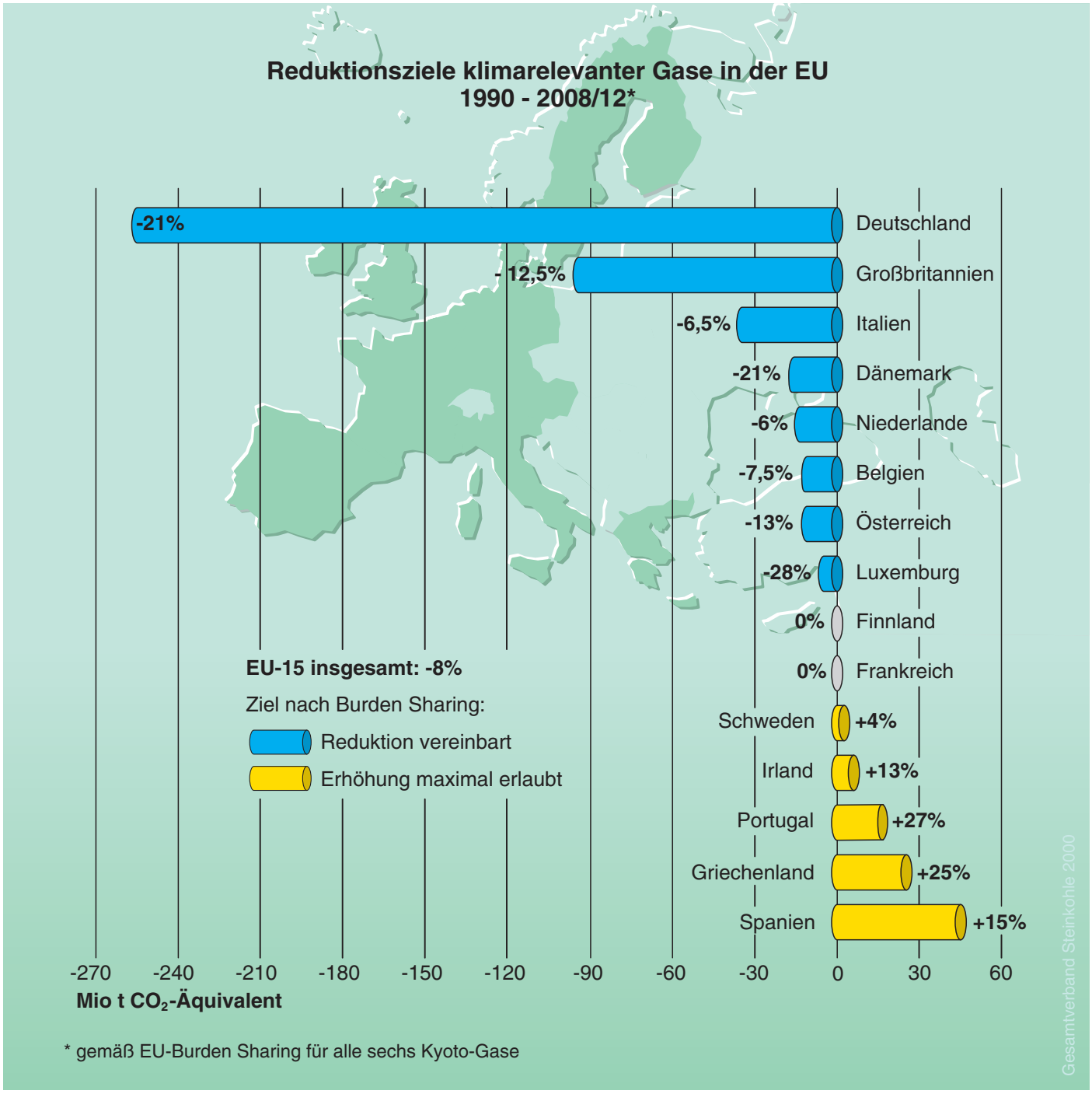

Energieverbrauch in der EU - 15
Mio t SKE
2400
2200
2000
1800
1600
1400
1200
1000
800
600
400
200
0
1 968
2 219
2 301
50%
45%
72%
46%
57%
52%
82%
53%
66%
67%
86%
68%
Sonstige
Kernenergie
Gas
Mineralöl
Kohle
1999 Importanteile
2010 Importanteile
2020 Importanteile
Quelle: Europäische Kommission, 1999
Gesamtverband Steinkohle 2000

„Verwundbarkeit in Grenzen halten“

Der im Jahr 2000 erfolgte steile Anstieg der Erdölpreise auf historische Höchststände seit dem Golf-Krieg hat in der ganzen EU erhebliche Sorgen ausgelöst. Unzweifelhaft war dieser Preisanstieg auch eine Folge der wieder restriktiven Förderpolitik der OPEC. In einer Mitteilung zur Erdölversorgung von EU-Energiekommissarin de Palacio vom September d. J. wird außerdem auf die Möglichkeit hingewiesen, dass z. B. „infolge eines Ereignisses politischer und /oder militärischer Natur ... unerwartet ein großer Teil der weltweiten Erdölversorgung unterbrochen wird”, und daher konstatiert, dass die hohe „europäische Abhängigkeit von Erdölimporten ... eine Schwäche darstellt, die in den letzten anderthalb Jahrzehnten aus dem Blickfeld gerückt ist”.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund will die Kommission bis Jahresende „auf der Grundlage einer faktischen Analyse der Energiesituation ... für die kommenden 20 Jahre” ein Grünbuch vorlegen, das eine „umfassende Strategie zur Stärkung der inneren und äußeren Versorgungssicherheit und zur Lösung des Problems der Abhängigkeit der EU von Energieimporten vorschlagen” soll. Dabei sollen sowohl der Aspekt der EU-Erweiterung als auch die Kyoto-Verpflichtungen Berücksichtigung finden. Gegenstand des Grünbuchs sollen zugleich Zukunftsaussichten und energiepolitischer Stellenwert der einzelnen Energieträger sein, darunter auch die künftige Rolle der Kohle.

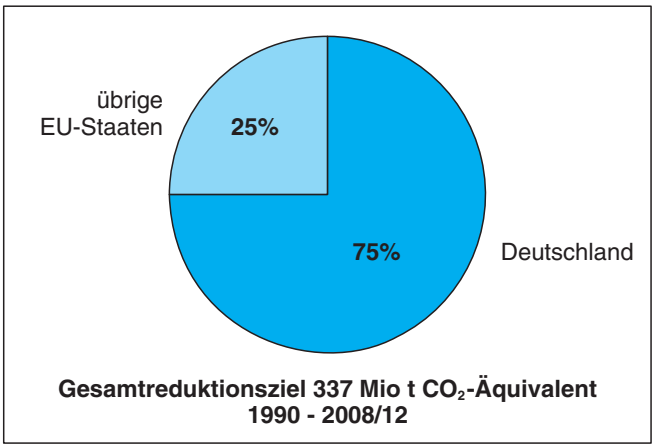
Bereits in einer Ende 1999 von der Kommission vorgelegten Mitteilung zur Sicherheit der EU-Erdgasversorgung werden grundlegende Feststellungen getroffen, die der Besorgnis über die hohe und steigende Abhängigkeit Europas von Drittlandsimporten – nicht nur beim Erdgas – Ausdruck geben: Auch wenn diese Frage derzeit nicht denselben politischen Stellenwert habe „wie in den 70er Jahren ..., (darf die EU) nicht in Selbstgefälligkeit verfallen ... Im Gegenteil: die Sicherheit der Energieversorgung erfordert ständige Wachsamkeit und ein sorgfältiges Monitoring der wachsenden Abhängigkeit von Energieimporten. Es gilt die Verwundbarkeit in Grenzen zu halten und potenzielle größere Krisen zu vermeiden oder zumindest in der Lage zu sein, sie zu beherrschen.”


Reduktionsziele klimarelevanter Gase in der EU
1990 - 2008/12*
-21%
Deutschland
- 12,5%
Großbritannien
-6,5%
Italien
-21%
Dänemark
-6%
Niederlande
-7,5%
Belgien
-13%
Österreich
-28%
Luxemburg
0%
Finnland
0%
Frankreich
Schweden
+4%
Irland
+13%
Portugal
+27%
Griechenland
+25%
Spanien
+15%
EU-15 insgesamt: -8%
Ziel nach Burden Sharing:
Reduktion vereinbart
Erhöhung maximal erlaubt
-270
-240
-210
-180
-150
-120
-90
-60
-30
0
30
60
Mio t CO2-Äquivalent
* gemäß EU-Burden Sharing für alle sechs Kyoto-Gase
Gesamtverband Steinkohle 2000

Unausgewogene Lastenverteilung

Die EU hat im Rahmen des Klimaschutzprotokolls von Kyoto eine Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen im Ganzen um 8% zugesagt. Die Mitgliedstaaten haben zur Erfüllung dieses Gesamtziels untereinander eine Lastenverteilung mit unterschiedlichen Reduktionsquoten vereinbart. Deutschland hat sich dabei zu einer Emissionsminderung um 21% verpflichtet. Das entspricht im Volumen einem Anteil von drei Vierteln des Gesamtminderungsziels der EU.

Tatsächlich sind in der EU die Treibhausgasemissionen außer in Deutschland, Großbritannien und Luxemburg bisher in keinem Mitgliedstaat zurückgegangen, fast alle Mitgliedstaaten sind noch hinter ihren nationalen Verpflichtungen zurück. Die Kommission sieht EU-weit bei „Business as usual" anstatt einer Reduktion bis 2010 einen Anstieg der Emissionen um 6 - 8% voraus und verlangt deshalb eine Konkretisierung und Verstärkung der EU-Klimapolitik.



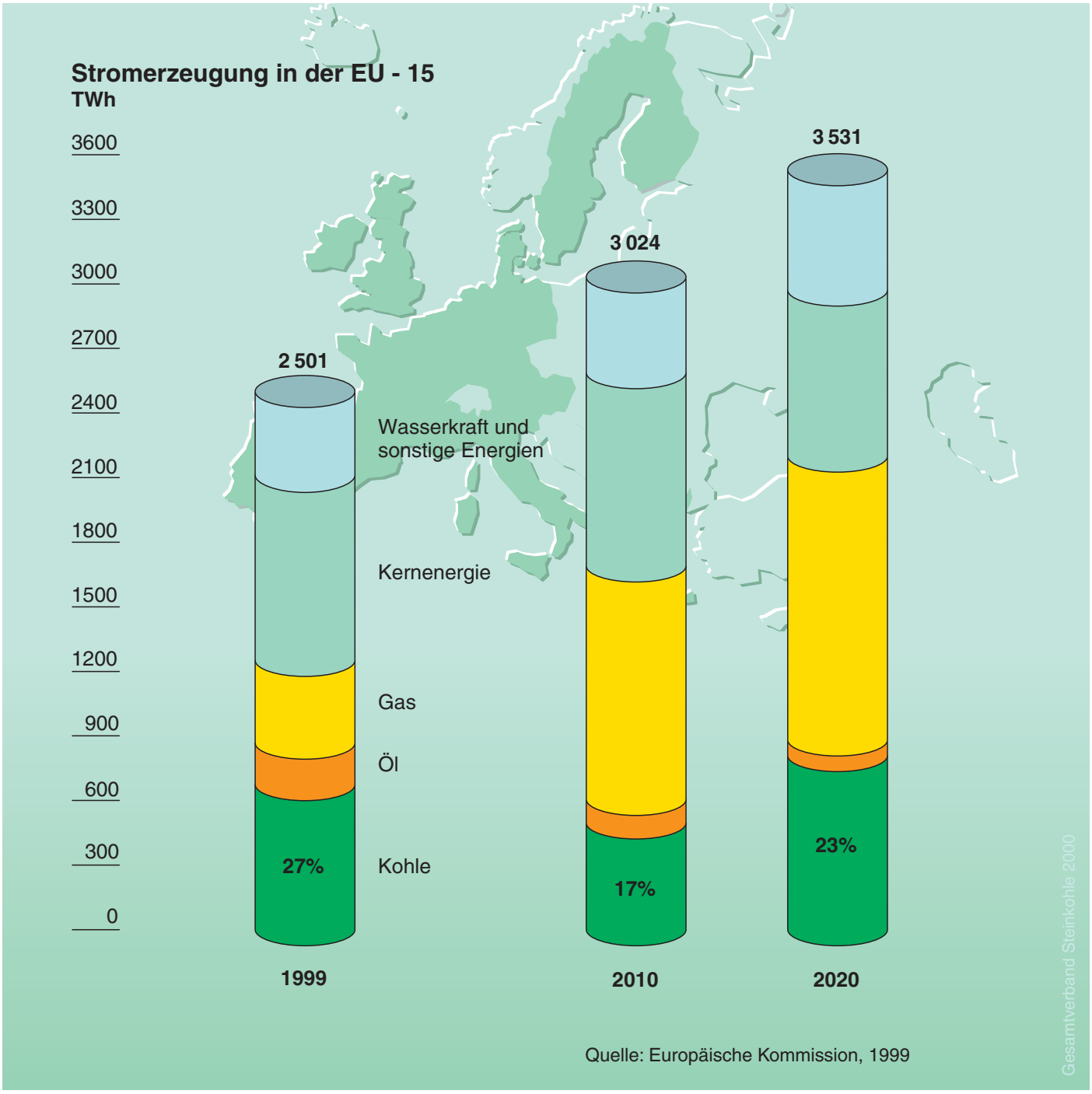
Lastenverteilung in der EU

Im Frühjahr 2000 hat sie bereits ein Konzept für ein Europäisches Programm zur Klimaänderung (ECCP) vorgelegt, das seither intensiv diskutiert wird. Unmittelbar nach der nächsten UN-Klimakonferenz Mitte November 2000 in Den Haag (COP 6) soll in der EU der politische Prozess zur Ratifizierung der Kyoto-Ziele beginnen und flankierend dazu eine gemeinsame Umsetzungsstrategie formuliert werden.

Wichtig ist, dass die Klimapolitik der EU mit ihren anderen energie- und wirtschaftspolitischen Zielen im Einklang bleibt und die globalen Zusammenhänge berücksichtigt. Der Beitrag der Kohle ist unverzichtbar, um eine sichere, preisgünstige und umweltverträgliche Energieversorgung zu ermöglichen.

Wie bei allen Energieformen ist auch bei der Kohle die Nutzung in modernen Anlagen erforderlich. Effiziente Technologien weisen hier den Weg.

13


Stromerzeugung in der EU - 15
TWh
3600
3300
3000
2700
2400
2100
1800
1500
1200
900
600
300
0
2 501
3 024
3 531
Wasserkraft und sonstige Energien
Kernenergie
Gas
Öl
Kohle
27%
17%
23%
1999
2010
2020
Quelle: Europäische Kommission, 1999
Gesamtverband Steinkohle 2000

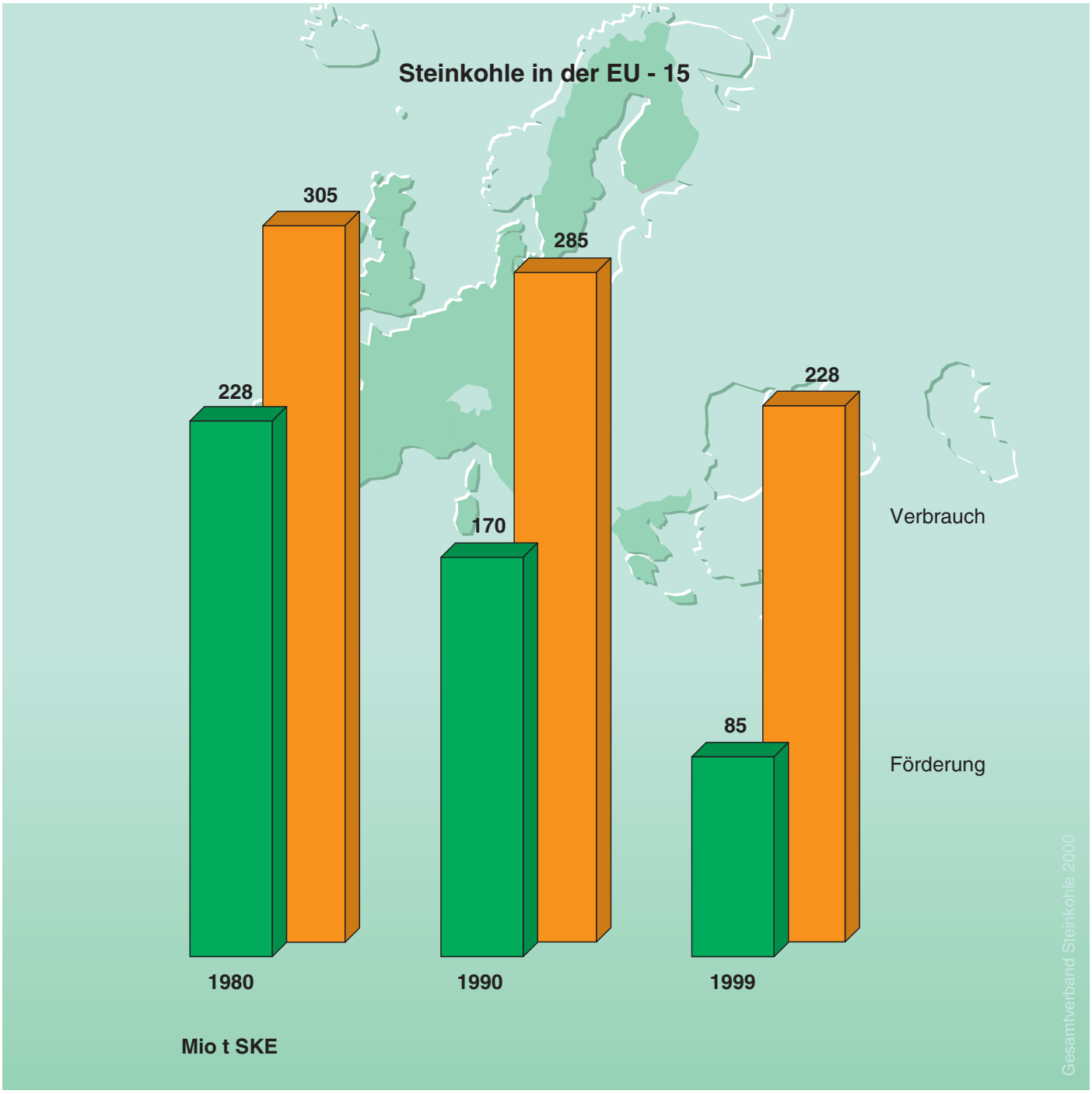
Offene Fragen der Liberalisierung

Die EU-weite Einführung des Wettbewerbs nach dem vollständigen Inkrafttreten der Binnenmarktrichtlinie Elektrizität Anfang 1999 hat zu einer erheblichen Senkung der Strompreise (gegenüber 1996 im Schnitt um rund 6%, in manchen Mitgliedstaaten um bis 20%), einer Zunahme des grenzüberschreitenden Stromhandels und vielfältigen Strukturveränderungen im Elektrizitätssektor geführt. EU-weit sind die Strommärkte inzwischen durchschnittlich schon zu über 65% geöffnet – weit mehr als das für das Jahr 2000 erforderliche Minimum von 30%.

Die Strommarktliberalisierung geht jedoch, wie zu erwarten war, nicht in allen Mitgliedstaaten im gleichen Tempo voran. Insbesondere Frankreich und auch andere Mitgliedstaaten liegen bei der Liberalisierung im Vergleich etwa zu Deutschland, das seinen Strommarkt schon vollständig geöffnet hat, noch weit zurück. Im März 2001 soll der Europäische Rat von Stockholm die erreichten Liberalisierungsfortschritte auf der Grundlage eines Kommissionsberichts und entsprechender, bis Jahresende 2000 angekündigter Vorschläge erneut bewerten.

Zu den vorrangig zu klärenden Punkten gehören Fragen des Engpassmanagements, der grenzüberschreitenden Tarifierung und der Markttransparenz. Die Kommission will zudem die Auswirkungen der Liberalisierung auf die Beschäftigung untersuchen lassen. Darüber hinaus sieht sie weitere offene Fragen auf folgenden Gebieten: Indikatoren für die vergleichende Bewertung des erreichten Liberalisierungsgrades, Sicherung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, gezielte Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Abkommen über die Gegenseitigkeit des Marktzugangs, technische Unterstützung der Beitrittskandidaten sowie die Einhaltung von Umweltschutznormen im Stromhandel mit Drittländern.

14


Steinkohle in der EU - 15
305
285
228
228
170
85
Verbrauch
Förderung
1980
1990
1999
Mio t SKE
Gesamtverband Steinkohle 2000

EGKS-Nachfolgeregelung dringlichste Aufgabe

Nach den Rückgängen des Steinkohlenverbrauchs der EU-15 in den letzten Jahren sagt die Kommissionsprognose „EU Energy Outlook to 2020" auch für die kommende Dekade ein moderates weiteres Absinken voraus. Nach 2010 ist aber gemäß dem sog. Baseline-Szenario eine „Kohlerenaissance" in der EU zu erwarten. Der Steinkohleneinsatz zur Stromerzeugung wird bei sinkendem Kernenergiebeitrag und sich ausweitendem Preisvorteil gegenüber Erdgas durch neue Technologien wieder deutlich zunehmen; möglicherweise geschieht dies sogar schneller als prognostiziert, sofern der Kohleneinsatz nicht umweltpolitisch diskriminiert wird.

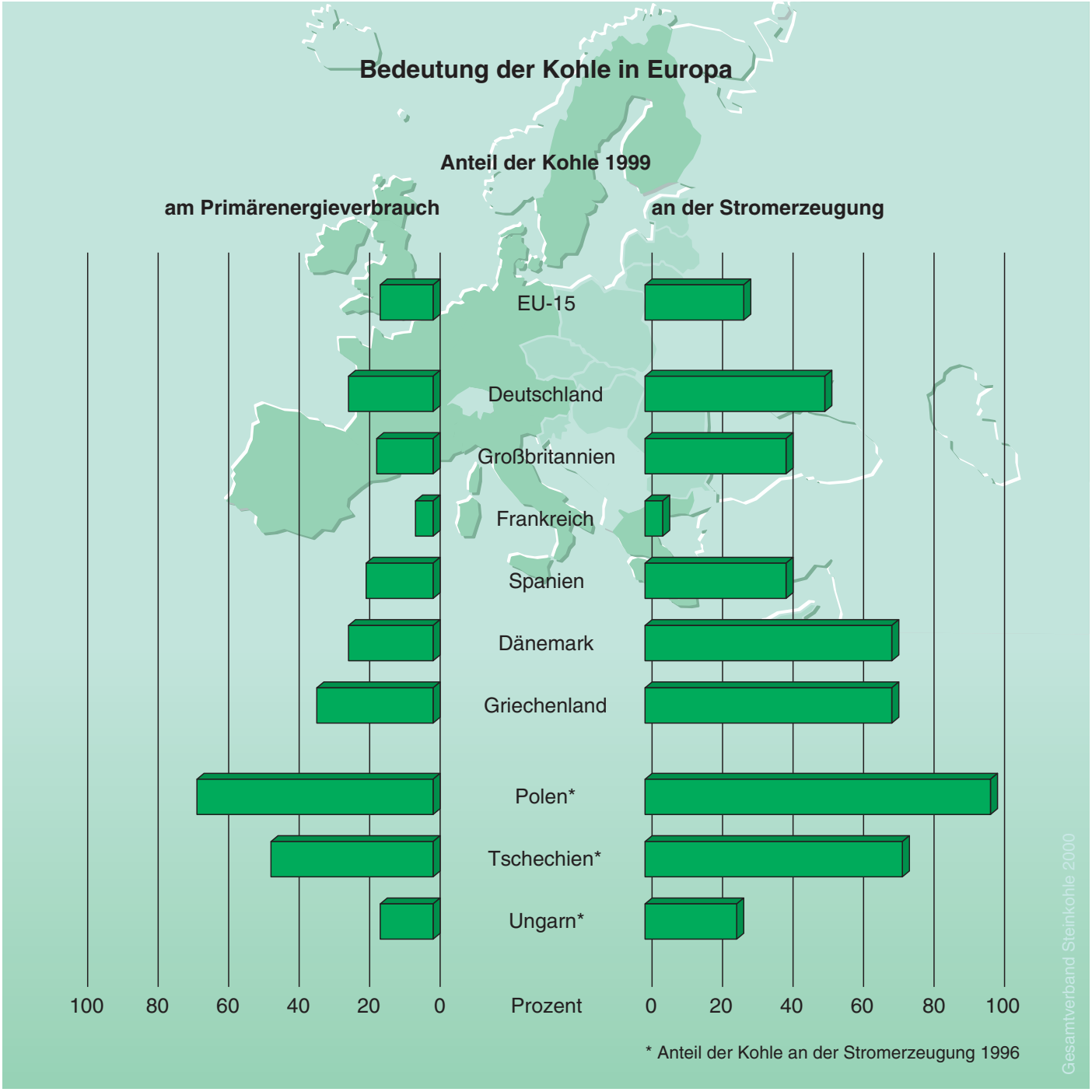
Der Anteil der Drittlandsimporte am EU-Steinkohlenmarkt beläuft sich schon heute auf fast zwei Drittel und wird weiter zunehmen. Steinkohlentiefbau findet in der EU nur noch in den Mitgliedstaaten statt, die entsprechende Beihilfen gewähren, also in Deutschland, Spanien, Frankreich und Großbritannien. In Anbetracht der Dominanz der Drittlandskohle und der Konkurrenz anderer Energien verzerren diese Beihilfen keineswegs den Wettbewerb zwischen den Gemeinschaftsproduzenten.

Ohne diese Beihilfen konnte und kann jedoch weder eine regional- und sozialverträgliche Umstrukturierung des Steinkohlenbergbaus noch der von einigen Mitgliedstaaten aus energiepolitischen Gründen gewünschte Erhalt eines langfristigen Sockels an Tiefbaukohle erreicht werden.

Daher gehört eine tragfähige, im Rahmen des EG-Vertrags zu gestaltende Nachfolgeregelung für den zusammen mit dem EGKS-Vertrag in 2002 auslaufenden derzeitigen Gemeinschaftskodex für die Kohlebeihilfen zu den dringlichsten Aufgaben der Kohlepolitik auf europäischer Ebene. Konkrete Vorschläge sind in der Diskussion.

Die Bundesregierung will eine Nachfolgeregelung erwirken, die den deutschen Kohle-Kompromiss absichert und „mit den Interessen der Bergbaubeschäftigten und der Versorgungssicherheit vereinbar" ist. Sie steht dazu in Gesprächen mit den Betroffenen, der Kommission und den EU-Partnern. Die Grundsatzentscheidung muss vom Rat getroffen werden.

15


Bedeutung der Kohle in Europa
Anteil der Kohle 1999
am Primärenergieverbrauch
an der Stromerzeugung
EU-15
Deutschland
Großbritannien
Frankreich
Spanien
Dänemark
Griechenland
Polen*
Tschechien*
Ungarn*
100 80 60 40 20 0 Prozent 0 20 40 60 80 100
* Anteil der Kohle an der Stromerzeugung 1996
Gesamtverband Steinkohle 2000

Kohle gewinnt an Bedeutung

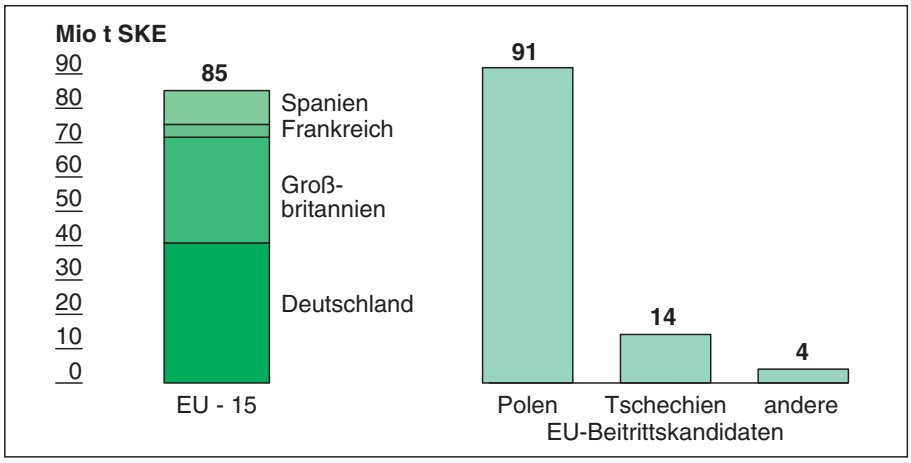
In der Politik der Europäischen Union sind seit Ende 1999 viele neue Akzente gesetzt worden. Die Beitrittsverhandlungen mit den seit dem Rat von Helsinki nunmehr 12 offiziellen Kandidatenländern gehen weiter voran, ohne dass allerdings schon Termine für die ersten Beitritte gesetzt worden sind. Mit der laufenden Regierungskonferenz zur Reform der EU-Institutionen soll es bereits Ende 2000 grundlegende Veränderungen in den Entscheidungs- und Organisationsstrukturen geben, um die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Union zu sichern.

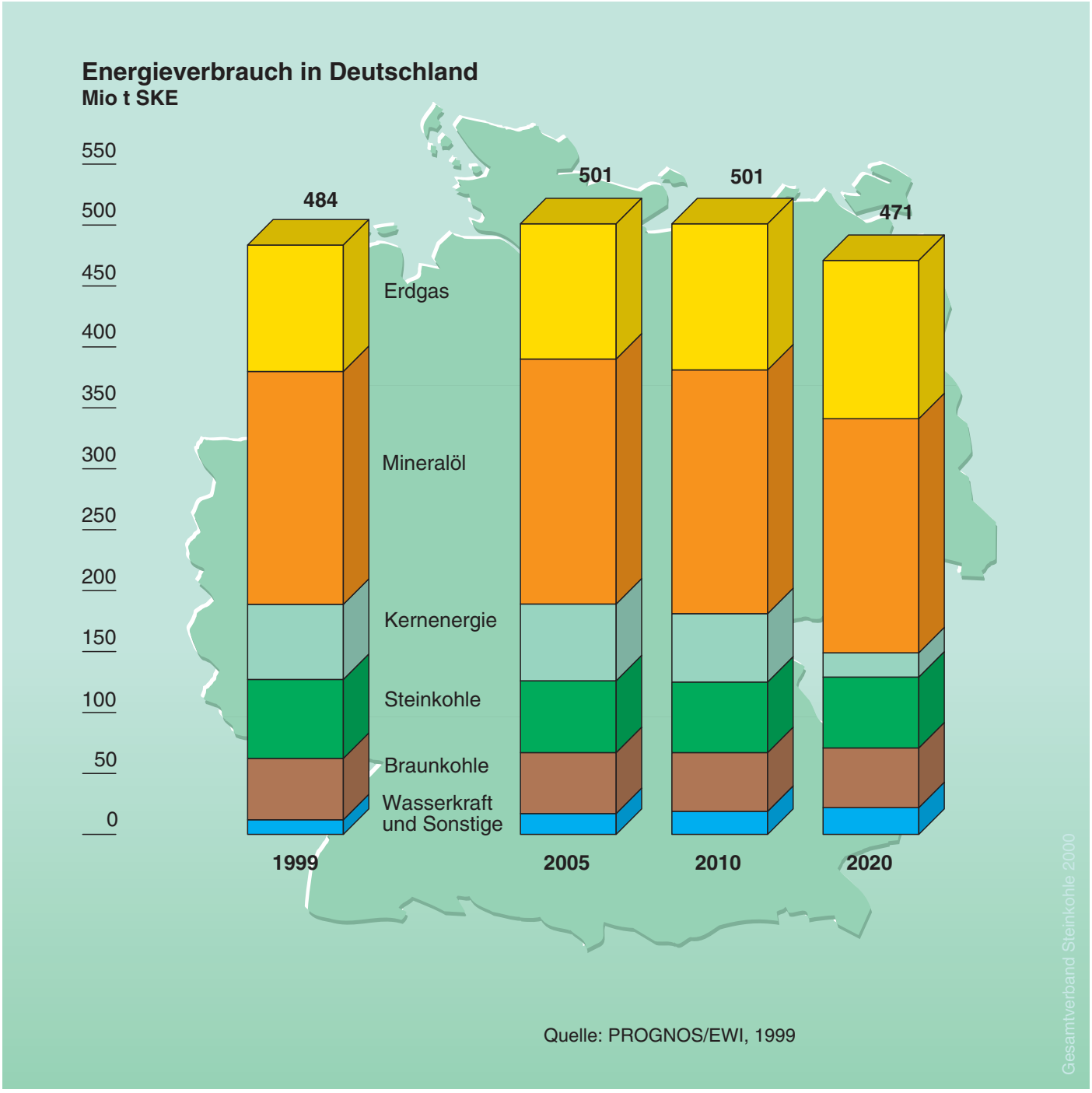
Unter dem Titel „Das neue Europa gestalten" gab die EU-Kommission zu Jahresbeginn ihre „strategischen Ziele 2000 bis 2005" bekannt. Damit sollen die Schwerpunkte ihres politischen Handelns für die nächsten Jahre festgelegt und öffentlich dargestellt werden. „Allererste Priorität" hat danach der Erweiterungsprozess der EU.

In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht soll die Priorität bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegen. Europa müsse deshalb „auf der Grundlage von Wissen und Innovation sowie einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie zu einem global wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum werden". In diesem Kontext spielt nach Auffassung der Kommission auch der Bereich Energie eine „wesentliche Rolle".

Deshalb will sie in der nächsten Zeit „eine energiepolitische Diskussion, insbesondere über die Versorgungsquellen von langfristiger strategischer Bedeutung führen". In einer solchen Diskussion wird auch die für die Energieversorgung welt- wie europaweit bedeutende Rolle der Kohle angemessene Berücksichtigung finden müssen, schließlich repräsentiert sie die größte heimische Energiereserve der heutigen und noch mehr einer künftig erweiterten EU.

Steinkohlenförderung in Europa 1999




Energieverbrauch in Deutschland
Mio t SKE
550
500
450
400
350
300
250
200
150
100
50
0
484
501
501
471
Erdgas
Mineralöl
Kernenergie
Steinkohle
Braunkohle
Wasserkraft
und Sonstige
1999
2005
2010
2020
Quelle: PROGNOS/EWI, 1999
Gesamtverband Steinkohle 2000

Primärenergiebedarf in Deutschland

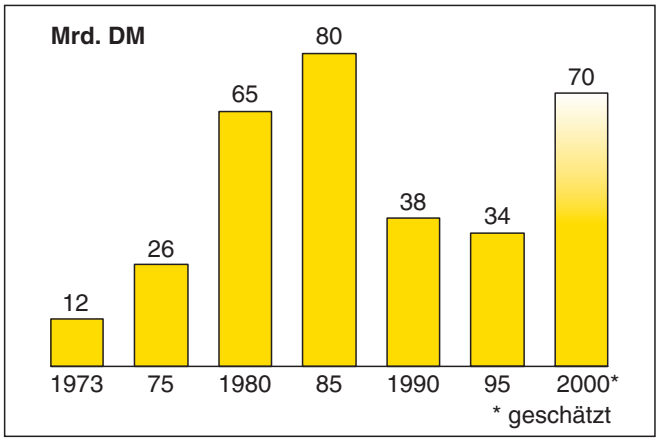
Energieabhängigkeit kommt teuer

Deutschland ist nach den USA, China, Russland und Japan der fünftgrößte Energiemarkt der Welt. Energie wird in Deutschland sehr effizient genutzt. So wurde zur Herstellung von 1000 DM Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nur etwa halb so viel Energie verbraucht wie im weltweiten Durchschnitt. Die neue Energie-Studie von Prognos/EWI (1999) sieht künftig eine „neue Qualität" bei der Entkopplung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum: Bis 2020 wird ein reales Wirtschaftswachstum von 50% erwartet, gleichzeitig sinkt der Energiebedarf um rund 5% auf etwa 470 Mio t SKE.

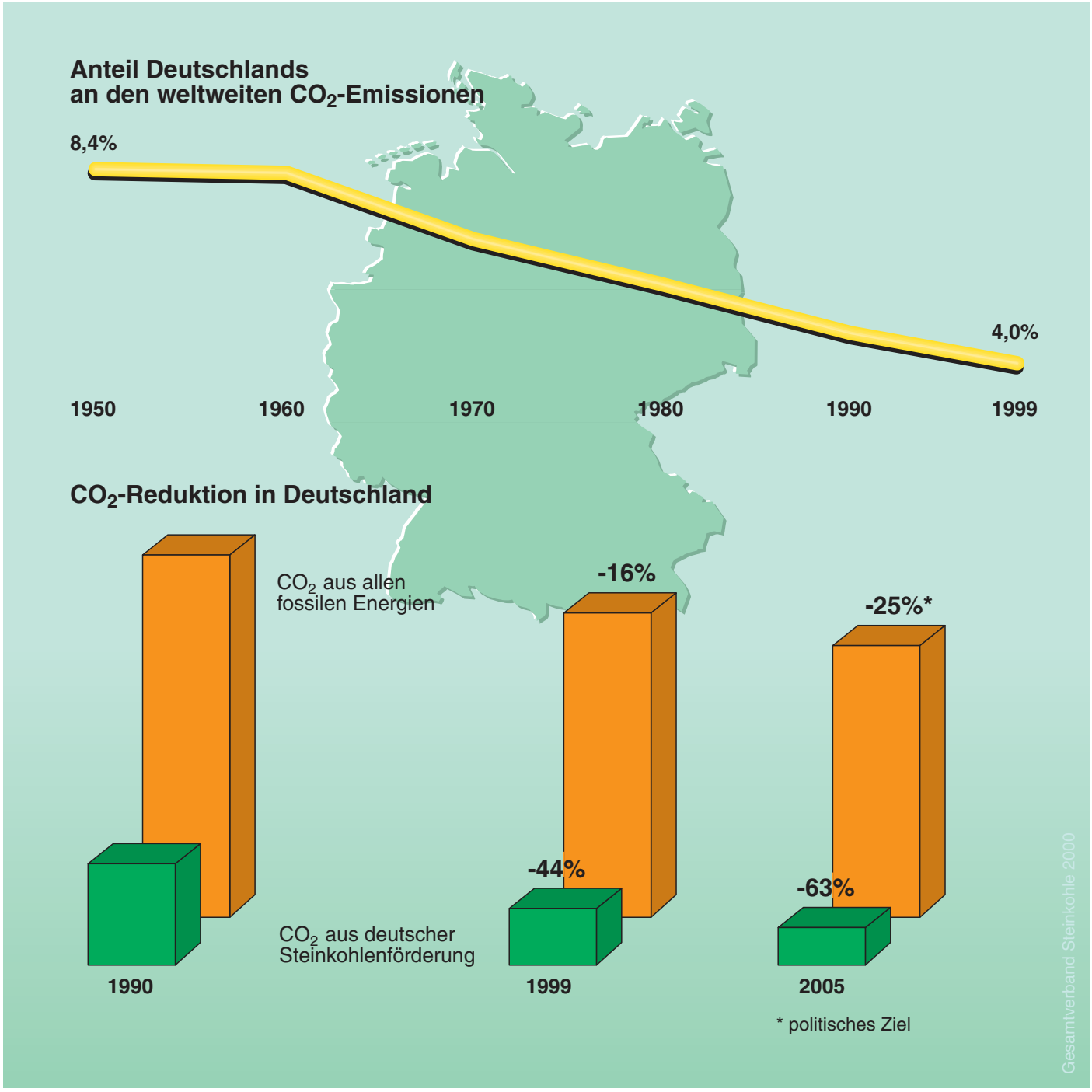
Zur Deckung seines Energiebedarfs ist Deutschland auf Einfuhrenergien angewiesen. Heute werden schon 60% des Energiebedarfs durch Importe gedeckt. Die Importabhängigkeit wird weiter steigen, bis zum Jahr 2020 auf rund 75%. Vor allem Öl und Gas müssen importiert werden – zu einem erheblichen Teil aus wirtschaftlich und politisch instabilen Ländern. Langfristig wird sich die Importabhängigkeit noch weiter in Richtung Naher Osten und Russland verschieben, die heute zusammen bereits fast 30% der deutschen Energieversorgung decken.

Die Folgen der großen Abhängigkeit von Einfuhrenergien sind seit 1999 infolge des starken Preisanstiegs von Importöl und Importgas wieder spürbar geworden. Die außenwirtschaftliche Energierechnung Deutschlands fällt im Jahr 2000 um mehr als 30 Mrd. DM höher aus als 1999, das sind fast 1% des Bruttoinlandsproduktes.

Ein wichtiges Mittel zur Begrenzung energiewirtschaftlicher Abhängigkeit ist die Nutzung der eigenen Energievorkommen. Kohle ist in Deutschland der einzige Energieträger mit nennenswerten Vorräten. Im energiepolitischen Zieldreieck von Wettbewerbsfähigkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit muss der heimischen Steinkohle daher ein ausreichender Platz eingeräumt werden.



Ausgaben für Netto-Energieimporte


Anteil Deutschlands
an den weltweiten CO_2-Emissionen
8,4%
4,0%
1950
1960
1970
1980
1990
1999
CO_2-Reduktion in Deutschland
CO_2 aus allen
fossilen Energien
-16%
-25%*
-44%
-63%
CO_2 aus deutscher
Steinkohlenförderung
1990
1999
2005
* politisches Ziel
Gesamtverband Steinkohle 2000

CO_2-Minderung in Deutschland

CO_2 aus deutscher Steinkohle stark rückläufig

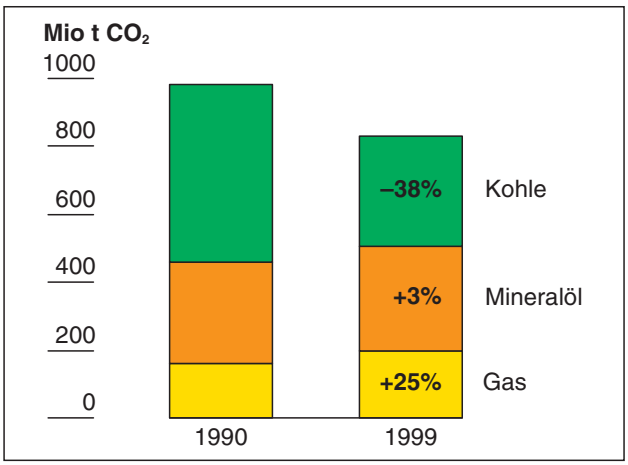
Die Bundesregierung verfolgt auf nationaler Ebene weiterhin das Ziel einer 25%-igen Reduzierung der CO_2-Emissionen bis zum Jahr 2005 im Vergleich zu 1990. Auf europäischer Ebene hat sich die Bundesregierung zu einer 21%-igen Minderung der sechs Kyoto-Gase bis zum Jahr 2008/12 verpflichtet.

Deutschland ist auf dem Weg zur Erreichung dieser Ziele bereits weit vorangeschritten. Bis 1999 wurden die CO_2-Emissionen in Deutschland um 15,5% und die Emissionen der sechs Kyoto-Gase um 18,6% reduziert.

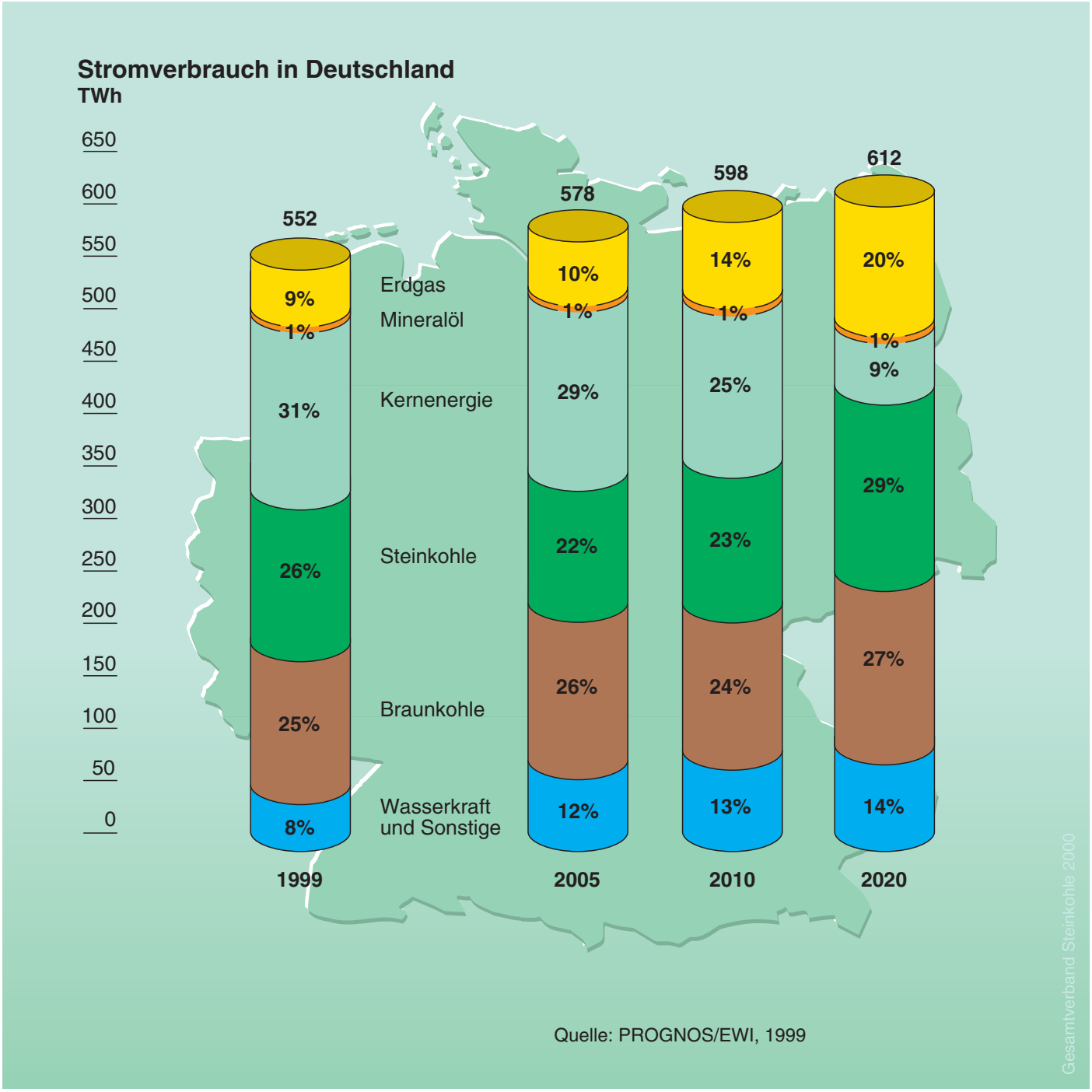
Einen wichtigen Beitrag hierzu haben vor allem die Industrie und die Energiewirtschaft geleistet, die ihre CO_2-Emissionen gegenüber 1990 um 31% bzw. 16% verringert haben. In anderen Sektoren, wie dem Verkehr und den privaten Haushalten, in denen die CO_2-Emissionen seit 1990 zugenommen haben, besteht im Vergleich hierzu noch ein erheblicher Nachholbedarf.

Auch in der Aufgliederung nach Energieträgern ergeben sich erhebliche Unterschiede. Während sich beim Mineralöl und vor allem beim expansiven Erdgas deutlich höhere CO_2-Emissionen als vor 10 Jahren errechnen, sind die CO_2-Emissionen aus deutscher Steinkohle zwischen 1990 und 1999 um 44% gesunken. Aufgrund der vereinbarten weiteren Förderanpassung ergibt sich bis 2005 ein Rückgang um 63%.

Eine stärkere Rückführung der Kohlehilfen würde die CO_2-Bilanz in Deutschland nicht entlasten. Alternative zur heimischen Kohle wäre vor allem Importkohle, die CO_2-Fracht bliebe dadurch unverändert. Hinzu kommen die höheren Umweltbelastungen bei der Kohlenförderung in vielen Exportländern und die längeren Transportwege zu den Verbrauchern.



CO_2-Emissionen in Deutschland


Stromverbrauch in Deutschland
TWh
650
600
550
500
450
400
350
300
250
200
150
100
50
0
552
578
598
612
9%
1%
31%
26%
25%
8%
10%
1%
29%
22%
26%
12%
14%
1%
25%
23%
24%
13%
20%
1%
9%
29%
27%
14%
Erdgas
Mineralöl
Kernenergie
Steinkohle
Braunkohle
Wasserkraft
und Sonstige
1999
2005
2010
2020
Quelle: PROGNOS/EWI, 1999
Gesamtverband Steinkohle 2000

Kohle bleibt Energieträger Nr. 1

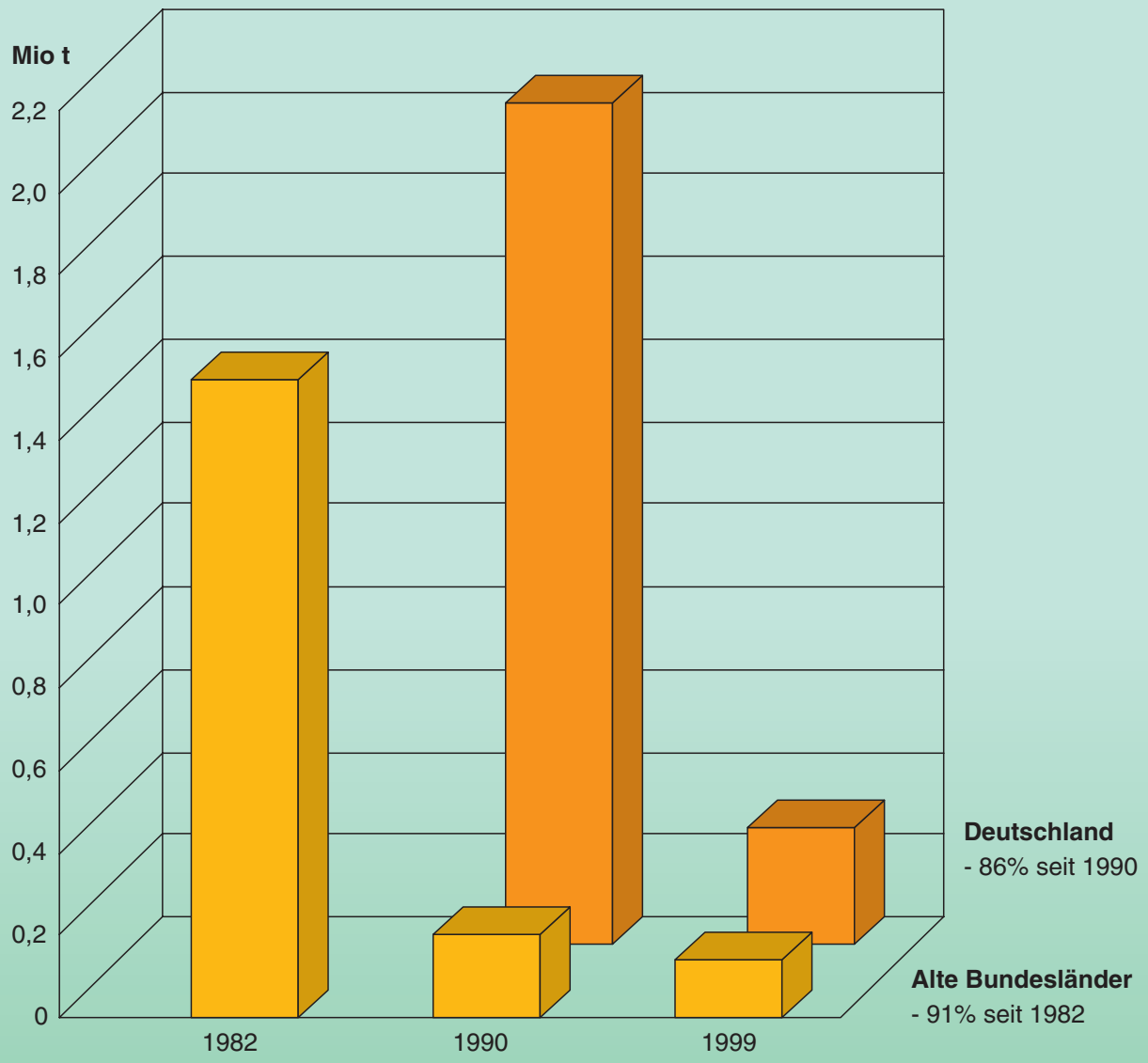
Der Stromverbrauch wird in Deutschland weiterhin wachsen, aufgrund der fortgesetzten Technologieoffensive aber geringer als je zuvor. Die aktuelle Energieprognose von Prognos/EWI geht von einem jährlichen Anstieg von rund 0,4% pro Jahr bis 2020 aus. In der künftigen Struktur der Stromerzeugung wird die Kohle weiter dominieren, und zwar in modernen und umweltfreundlichen Kraftwerken. Der Anteil der regenerativen Energien wird, dank staatlicher Unterstützung, weiter steigen, aber in den nächsten 20 Jahren nur einen additiven Beitrag leisten können. Die Nutzung der Kernenergie ist im Konsens mit der Elektrizitätswirtschaft geregelt und zeitlich begrenzt worden.

Die Steinkohle wird auf längere Sicht ihren Anteil behaupten und ausbauen können. Im Jahr 2020 wird die Steinkohle Energieträger Nr. 1 in der Stromerzeugung sein, vor Braunkohle und Erdgas. Auf mittlere Sicht halten Prognos/EWI allerdings einen Rückgang der Steinkohlenverstromung für wahrscheinlich. Dies resultiert aus dem betriebswirtschaftlichen Kraftwerksmodell und seinen Prämissen, insbesondere den unterstellten Preisprämissen. Die Wettbewerbsfähigkeit von Erdgas und auch Braunkohle in der Stromerzeugung sind in dem Modell vorausgesetzt, die vergleichsweise stabile Entwicklung der Braunkohle und die Dynamik der Erdgasverstromung sind daher nicht überraschend. Bei höheren Gaspreisen, wie sie in der Folge des Ölpreisanstiegs im Jahr 2000 zu beobachten sind, ist die Steinkohlenverstromung die kostengünstigere Alternative.

Eine Strategie wachsender Stromerzeugung auf Gasbasis, die in einigen westlichen Industrieländern auch mit politischer Unterstützung betrieben wird, nimmt Preisrisiken in Kauf. Auch den kritischen ressourcen- und versorgungspolitischen Aspekten ist bei einer Gasstrategie nicht Rechnung getragen.

19

SO_2-Emissionen konventioneller Kraftwerke



Gesamtverband Steinkohle 2000

Weitere Verschärfung bedroht Energiestandort

Die Luftqualität in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Die Emissionen der Kraftwerke konnten deutlich gesenkt werden, in den alten Bundesländern überwiegend in den 80er Jahren und seit der Vereinigung auch in den neuen Bundesländern:

- *alte Bundesländer* (1982-1999):
  SO_2: - 91%
  NO_x: - 79%
  Staub: - 90%

- *neue Bundesländer* (1990-1999):
  SO_2: - 92%
  NO_x: - 76%
  Staub: - 99%

Dazu haben vor allem die Einführung von Entschwefelungs- und Entstickungsmaßnahmen sowie die Entwicklung neuer sauberer Kohlenkraftwerkstechnologien beigetragen.

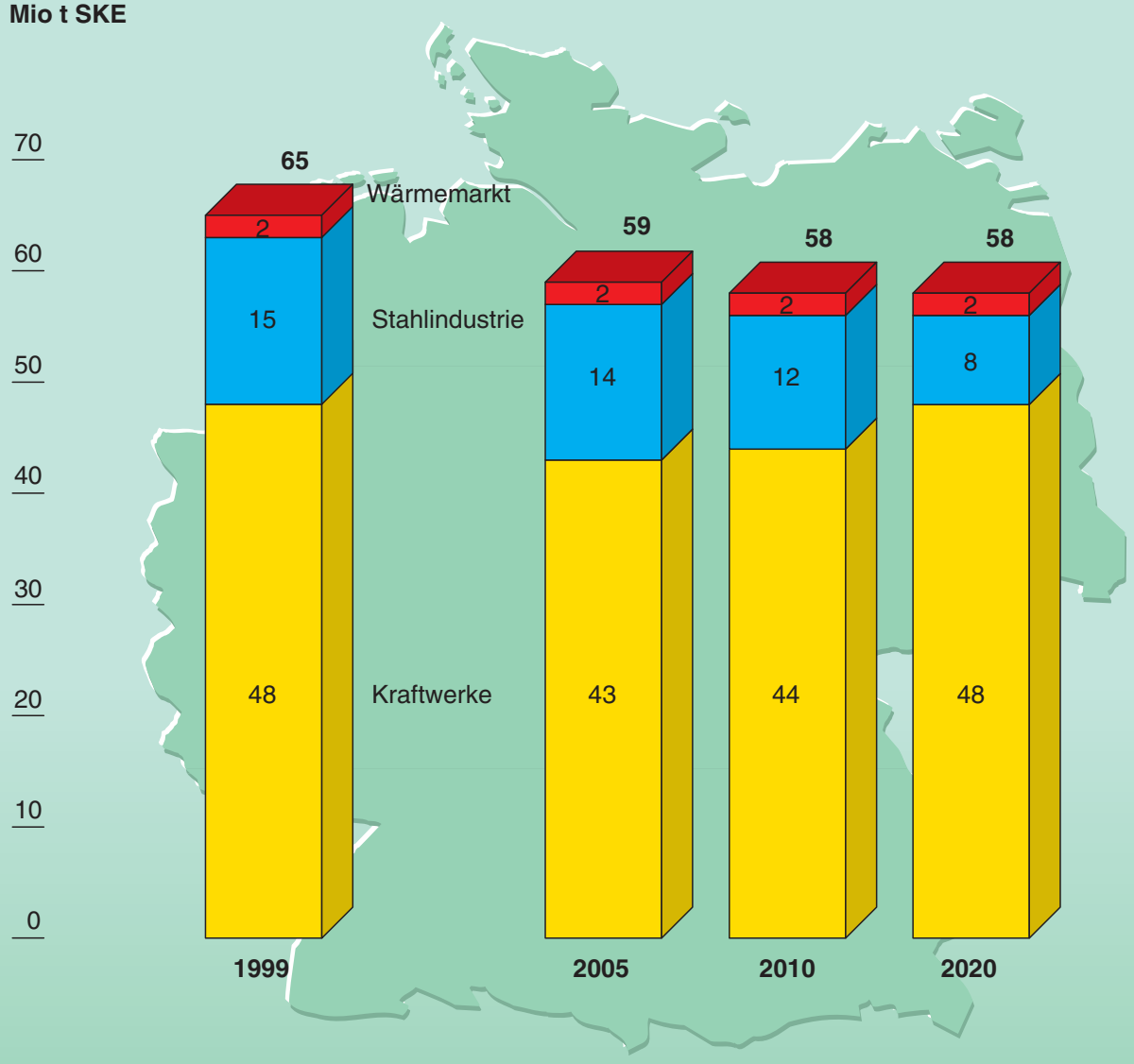
Kohlenkraftwerke in Deutschland zählen heute zu den modernsten und saubersten in der Welt.

Ungeachtet der bisher erzielten Erfolge strebt die Politik eine weitere Verschärfung von Luftqualitäts- und Emissionsgrenzwerten an. Bei dem bereits sehr hohen Umweltstandard in Deutschland läßt sich hier eine Verbesserung der Luftqualität nur noch mit deutlich höherem Kostenaufwand erreichen, als dies in Ländern mit weniger entwickelter Umwelttechnologie der Fall ist.

Ständige Nachrüstforderungen könnten unter den Bedingungen liberalisierter Strommärkte dazu führen, dass die Entwicklung und Verbreitung neuer Kraftwerkstechnologien, z. B. auf Kohlebasis, eher gehemmt als gefördert wird.

Die Luftreinhaltepolitik muss sich in den Kontext der Energie-, Beschäftigungs- und Technologiepolitik einfügen. Eine einseitig umweltpolitisch motivierte Verschärfung der Luftreinhaltepolitik würde die anderen energiepolitischen Ziele gefährden und die Stellung der deutschen Energiewirtschaft im europäischen Wettbewerb verschlechtern. Ob damit den umweltpolitischen Zielen Rechnung getragen wird, ist zweifelhaft.

Steinkohlenverbrauch in Deutschland
Mio t SKE



Quelle: PROGNOS/EWI, 1999

Gesamtverband Steinkohle 2000

Größter Markt in der EU

Der Steinkohlenmarkt in Deutschland ist der größte in Westeuropa. Sein Volumen beträgt derzeit rund 65 Mio t SKE pro Jahr.

Prognos/EWI haben in ihrer jüngsten Energieprognose einen Rückgang des Steinkohlenbedarfs auf jährlich knapp 60 Mio t SKE vorhergesagt.

Der Hauptgrund dafür ist, dass Prognos/EWI große strukturelle und technologische Veränderungen in der Stahlindustrie erwarten. Ob diese so eintreffen werden, bleibt abzuwarten.

Eine neue ESSO-Prognose kommt zu dem Ergebnis, dass sich der Steinkohlenbedarf langfristig etwa auf dem heutigen Niveau stabilisieren wird.

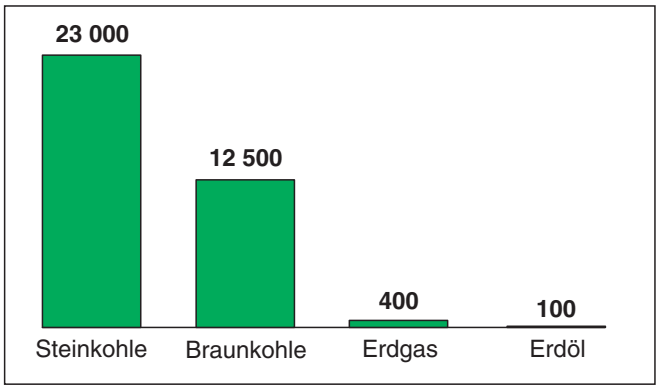
Auf längere Sicht erwarten sowohl Prognos/EWI als auch ESSO eine Stärkung des Steinkohlenstroms im Mix der Kraftwerke. Bei stark wachsender Stromerzeugung aus Steinkohle (+ 24% im Zeitraum 1999 bis 2020) bleibt der dafür notwendige Steinkohleneinsatz stabil. Unterstellt wird ein Ersatz der heutigen Steinkohlenkraftwerke durch eine Technologie mit Wirkungsgraden von 50%.

Die Prognosen unterstellen mittelfristig Brennstoffpreise, die entgegen der heutigen Wettbewerbssituation der Erdgasverstromung weiter Auftrieb geben. Bei höheren Erdgaspreisen würde – dies zeigen Sensitivitätsanalysen von Prognos/EWI – die Steinkohlenverstromung viel höher ausfallen.

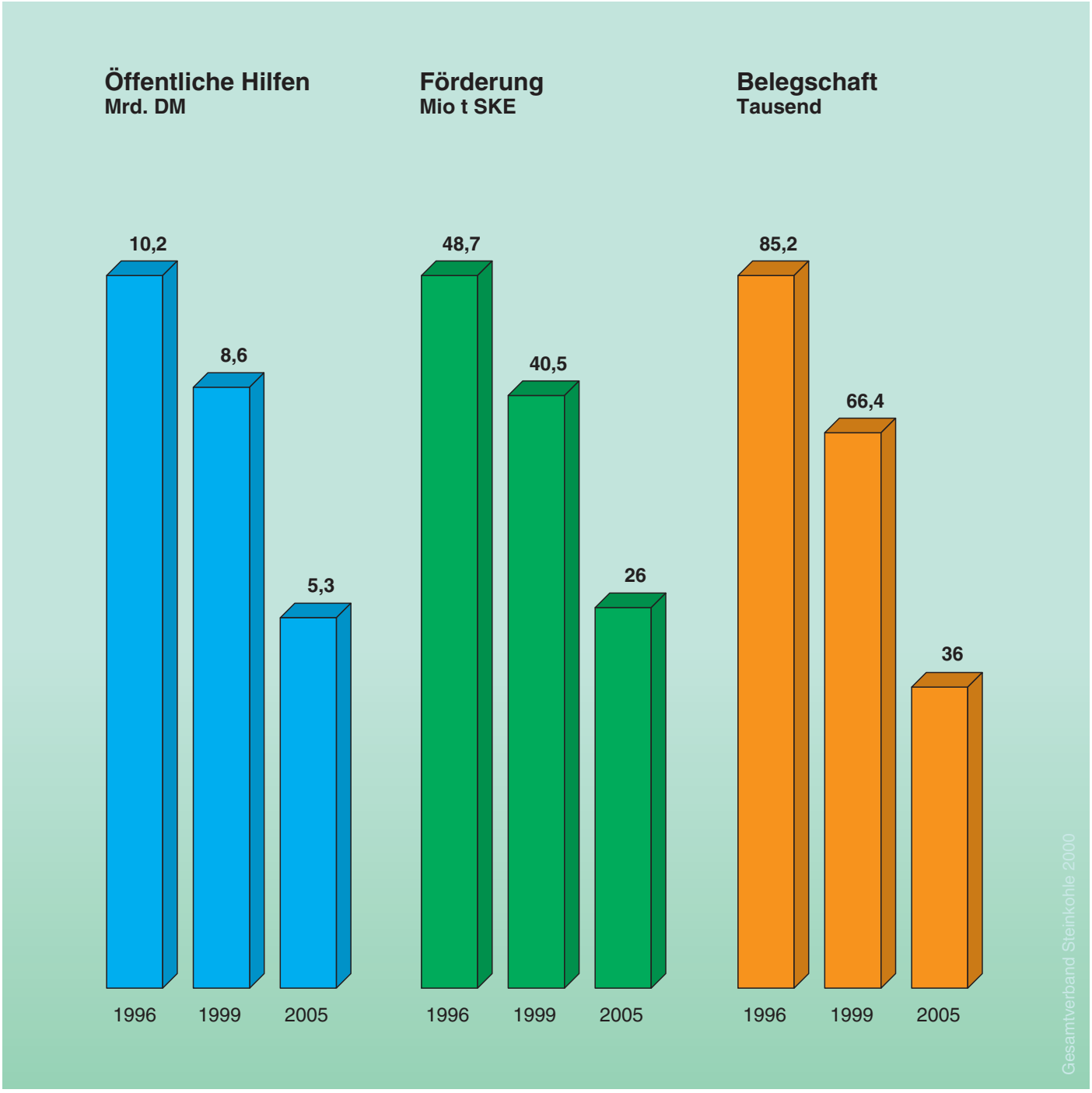
Auch im Wärmemarkt und bei der nicht-energetischen Nutzung bleibt ein gewisser Bedarf an Steinkohle langfristig bestehen.

Die kohlepolitischen Beschlüsse vom Frühjahr 1997 ermöglichen aus heutiger Sicht eine heimische Förderung von 26 Mio t SKE im Jahr 2005. Das bedeutet zugleich gute Perspektiven für Importkohle, die einen wachsenden Teil des Steinkohlenmarktes bedienen wird.

Gewinnbare Vorräte in Deutschland in Mio t SKE



21


Öffentliche Hilfen
Mrd. DM
10,2
8,6
5,3
1996
1999
2005
Förderung
Mio t SKE
48,7
40,5
26
1996
1999
2005
Belegschaft
Tausend
85,2
66,4
36
1996
1999
2005
Gesamtverband Steinkohle 2000

Politische Weichenstellung erforderlich

Der deutsche Steinkohlenbergbau hat den aufgrund der kohlepolitischen Vereinbarung vom März 1997 beschlossenen Anpassungsplan konsequent umgesetzt. Seit 1997

- wurde die Förderkapazität bis 1999 um über 8 Mio t zurückgenommen. 4 Bergwerke wurden stillgelegt bzw. zu Verbundbergwerken zusammengefasst. Von 2000 bis 2005 sind ein weiterer Kapazitätsabbau auf 26 Mio t und eine Verringerung der Zahl der Bergwerke auf 10 notwendig.

- ist die Belegschaftszahl bis 1999 um rund 19 000 gesunken. Von 2000 bis 2005 ist eine weitere Personalanpassung auf 36 000 Mitarbeiter vorgesehen.

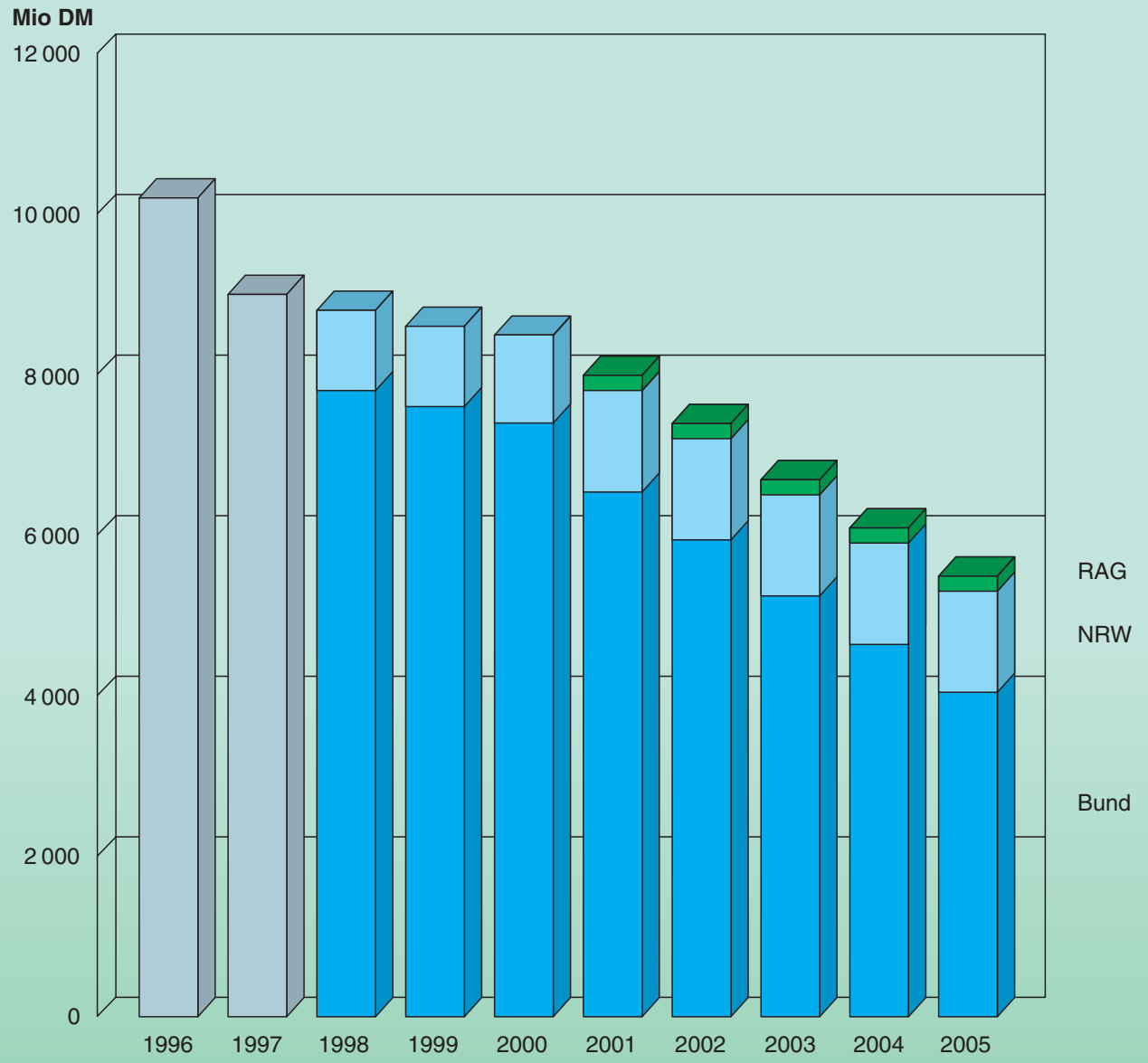
Parallel zu diesem schwierigen Anpassungsprozess des deutschen Steinkohlenbergbaus hat die RAG Aktiengesellschaft ihre Konzernstrategie weiterentwickelt und ihre Position auf dem weltweiten Zukunftsmarkt Steinkohle weiter ausgebaut und gefestigt. Mit dem Erwerb des amerikanischen Kohleproduzenten Cyprus Amax Coal und der australischen Kohlengruben Burton Coal Mine sowie der Übernahme einer Mehrheitsbeteiligung an der Kohlengrube North Goonyella ist die RAG Aktiengesellschaft zum weltweit zweitgrößten privatwirtschaftlichen Steinkohlenproduzenten aufgestiegen. Im Beteiligungsbereich wurde die Konzentration auf rendite- und wachstumsstarke Kerngeschäftsfelder erfolgreich fortgeführt. Unternehmensseitig sind damit wichtige Voraussetzungen für einen lebens- und leistungsfähigen Steinkohlenbergbau über das Jahr 2005 hinaus geschaffen worden.

Die politischen Weichenstellungen hierfür müssen bald erfolgen:

- Für den im Jahr 2002 auslaufenden EGKS-Vertrag ist eine tragfähige Anschlußregelung notwendig, damit auch künftig die erforderlichen Kohlehilfen gewährt werden können. Die Bundesregierung hat zugesagt, sich auf europäischer Ebene möglichst bald für eine Nachfolgeregelung einzusetzen.

- Auf nationaler Ebene müssen die Gespräche über eine Anschlussregelung für die Zeit nach 2005 aufgenommen werden. Die Bundesregierung hat eine Regelung in Aussicht gestellt, die einen Fördersockel an heimischer Energie erhalten soll.

Finanzierungshilfen für die deutsche Steinkohle



1996 - 2001: Haushalts-Ist bzw. -Soll
2002 - 2005: Gemäß Vereinbarung vom 13. März 1997

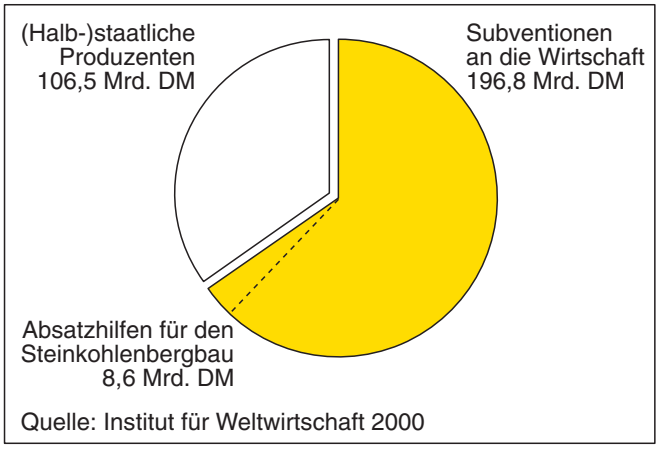
Gesamtverband Steinkohle 2000

Finanzierungshilfen für die deutsche Steinkohle

Energiepolitisch begründet – gesamtwirtschaftlich vertretbar

Die in Deutschland gewährten Kohlehilfen dienen einem klaren Zweck, der von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird: Sie tragen zur Sicherung der Energieversorgung bei, ermöglichen einen zukunftsorientierten Strukturwandel und sie helfen, die beschlossene Anpassung sozialverträglich zu gestalten.

Die Bundesregierung hat zugesagt, die kohlepolitische Vereinbarung vom März 1997 unverändert umzusetzen. Mit der vereinbarten Rückführung der Kohlehilfen leistet der Steinkohlenbergbau bereits einen wichtigen Beitrag zu Haushaltskonsolidierung. Zwischen 1997 und 2000 entfällt darauf ein Drittel der Einsparungen im Bundeshaushalt.

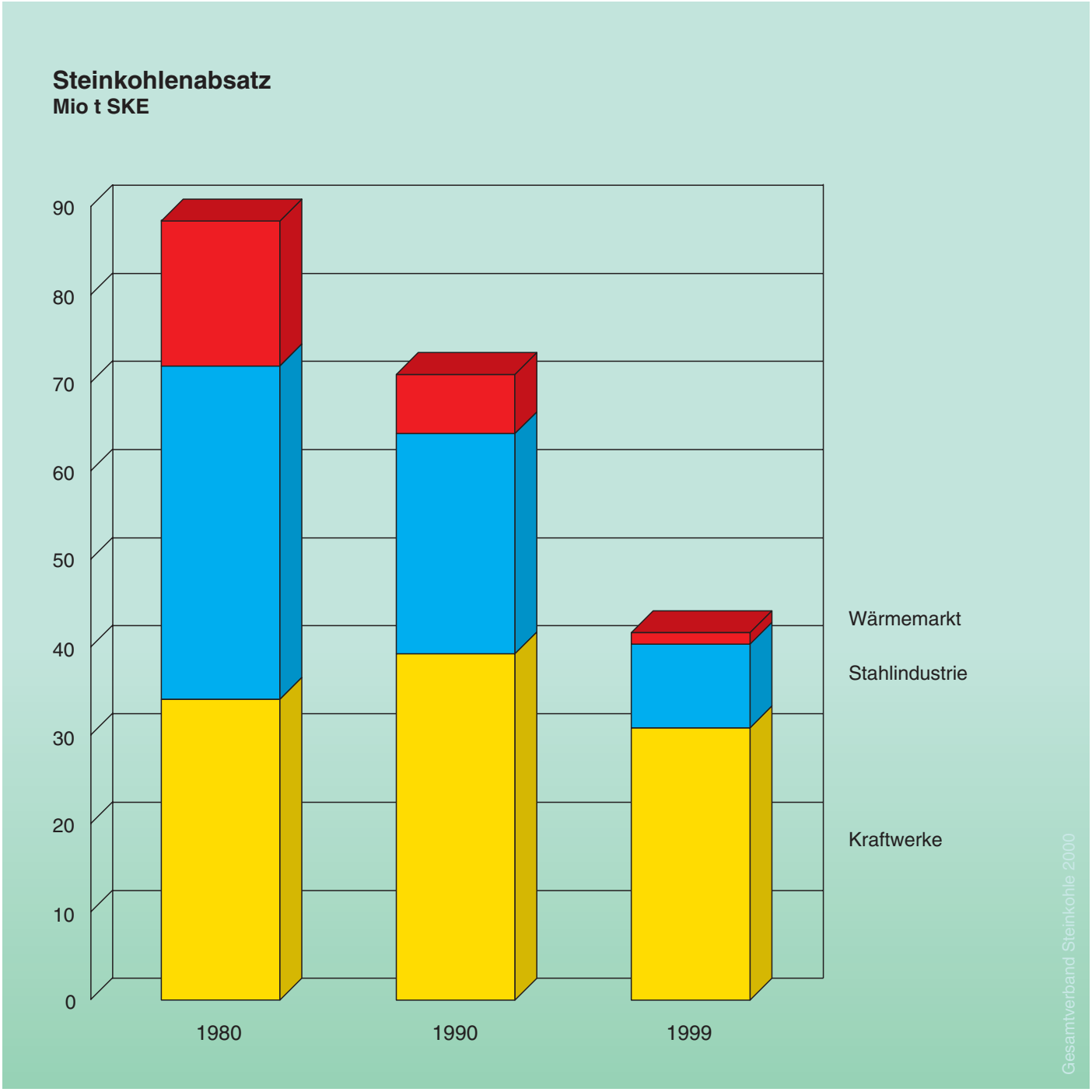


Subventionen in Deutschland 1998: 303,3 Mrd. DM

Gemessen an den in Deutschland insgesamt gewährten Subventionen beträgt der Anteil der Kohlehilfen rund 3%, er wird aufgrund der vereinbarten Kürzungen weiter deutlich sinken.

In keinem anderen Wirtschaftszweig werden die Subventionen so stark und planmäßig verringert wie hier. Zusätzliche Abstriche würden keine freien Mittel schaffen, sie wären per Saldo für die öffentlichen Hände sogar teurer. Statt für Kohlenförderung und Arbeitsplätze müssten höhere Mittel für Stilllegungsaufwendungen, den Ausgleich von Einnahmeausfällen bei Steuern und Sozialabgaben sowie erhöhte Arbeitslosigkeit aufgebracht werden.

Die öffentlichen Hilfen für die heimische Kohle sind auch umweltpolitisch gerechtfertigt, denn Gewinnung, Aufbereitung und Nutzung der Kohle erfolgen in Deutschland unter den weltweit höchsten Umwelt- und Sicherheitsstandards. Im Vergleich hierzu wird Kohle in vielen Exportländern mit größeren Umweltauswirkungen gefördert und muss über weite Entfernungen zu den Verbrauchsstandorten transportiert werden. Der globalen Umweltbilanz wäre mit einer Kürzung der Kohlehilfen nicht gedient.

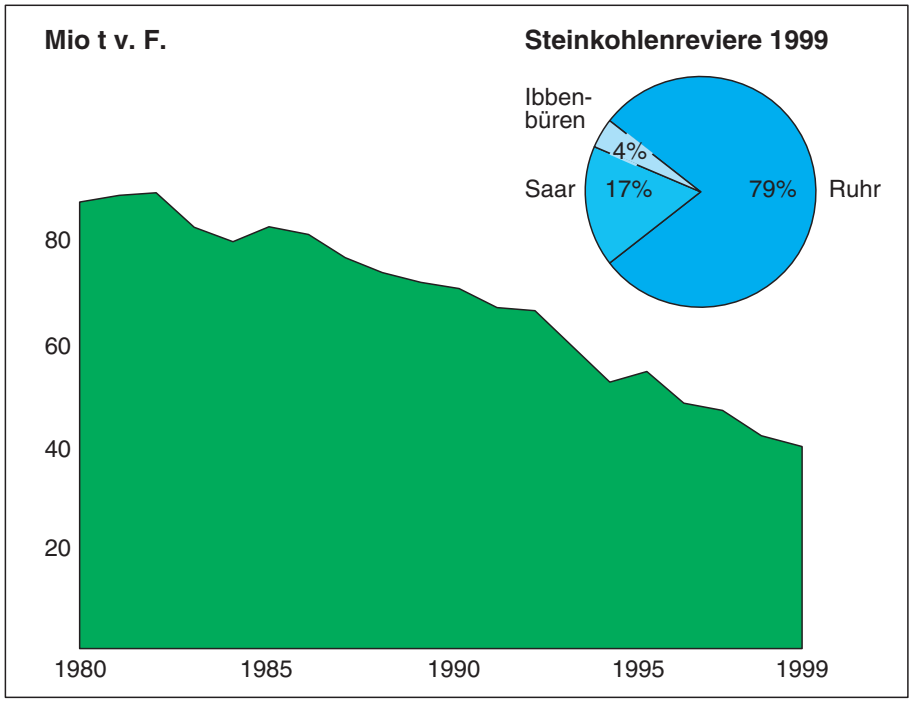

Steinkohlenabsatz
Mio t SKE
90
80
70
60
50
40
30
20
10
0
1980
1990
1999
Wärmemarkt
Stahlindustrie
Kraftwerke
Gesamtverband Steinkohle 2000

Absatz des deutschen Steinkohlenbergbaus

Konzentration auf Strom und Stahl

Die Marktbedingungen für die Steinkohle in Deutschland haben sich nach der kohlepolitischen Vereinbarung vom März 1997 spürbar verschlechtert. Die internationalen Energie- und Kohlenpreise waren bis Mitte 1999 auf ein historisches Tief gesunken. Hinzu kam die ebenfalls bis Mitte 1999 dauernde Stahlkrise, in deren Folge der Kohlen- und Koksbedarf kräftig sank. Deshalb mussten 1999 Beschlüsse zur schnelleren Anpassung getroffen werden.

Steinkohlenförderung in Deutschland



Inzwischen haben sich die externen Bedingungen wieder etwas gebessert. So hat sich die Stahlkonjunktur wieder aufgehellt; aufgrund der stark gestiegenen Ölpreise hat der vom Heizöl ausgehende Druck auf Koks und Einblaskohle im Hochofenprozess nachgelassen. Die internationalen Kohlenpreise haben aufgrund der expandierenden Kohlennachfrage vor allem in Asien wieder angezogen, in den Euroländern wegen der Währungsschwäche noch stärker. Die aktuellen Drittlandskohlenpreise in Deutschland haben allerdings das Niveau der Jahre 1996/97 noch nicht wieder erreicht.

Infolge des andauernden Wettbewerbsdrucks und bei weiter rückläufigen öffentlichen Finanzplafonds ist der Absatz heimischer Steinkohle insgesamt drastisch gesunken, seit 1997 bis 1999 um 12 Mio t SKE auf knapp 42 Mio t SKE. Im Jahr 2000 wird der Absatz nochmals um 4 Mio t SKE zurückgehen, hauptsächlich im Kraftwerkssektor.

Steinkohlenbergwerke in Deutschland

1 Friedrich Heinrich/Rheinl.
2 Niederberg
3 Lohberg/Osterfeld
4 Walsum
5 Prosper-Haniel
6 Lippe
7 Auguste Victoria
8 Blumenthal/Haard
9 Ost
10 Ensdorf
11 Warndt/Luisenthal
12 Ibbenbüren

Gesamtverband Steinkohle 2000

Anpassung im deutschen Steinkohlenbergbau

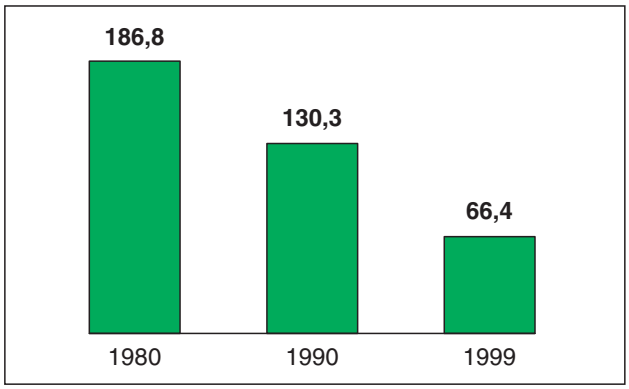
Sozialverträglichkeit bleibt Ziel

Der Anpassungsprozess hat sich beschleunigt. Allein in den Jahren 2000/2002 müssen 25 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die sozialverträgliche Anpassung ist weiterhin die Hauptaufgabe.

Bisher konnte die Anpassung unter Nutzung des gesamten personalpolitischen Instrumentariums wie Vorruhestand, Abkehr mit Übergangsbeihilfen, Qualifizierungsmaßnahmen, Handwerksinitiative und Wechsel im Konzern sozialverträglich gestaltet werden. Immer mehr gewinnen neue Instrumente wie Existenzgründungsprogramm, Arbeitsplatzakquisition, Einarbeitungsqualifizierung und Job-Börse an Bedeutung.

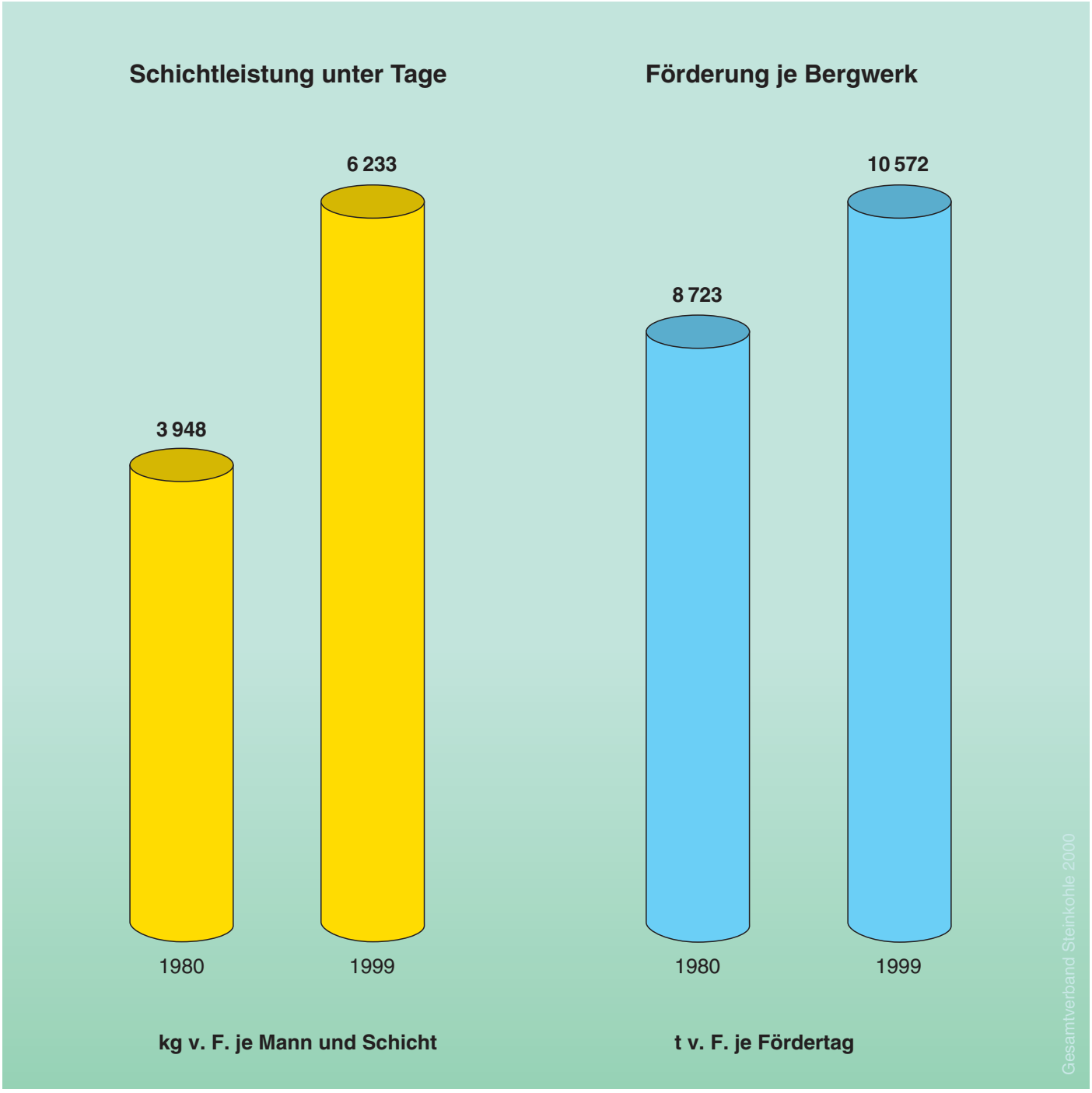
Die Beschäftigten des Steinkohlenbergbaus verfügen über eine hohe Qualifikation und Motivation. Viele Unternehmen, vor allem solche, die bereits Facharbeiter von Bergwerken übernommen haben, bevorzugen deshalb bei der Einstellung neuer Mitarbeiter Bewerber aus dem Steinkohlenbergbau.

Darin spiegelt sich auch die anerkannt gute Ausbildung wider, die allerdings bedarfsgerecht nur in geringerem Umfang fortgesetzt werden kann. Für den bergmännischen Bedarf werden immer weniger Auszubildende eingestellt. So sind im Jahr 1999 bereits rund 44% aller Auszubildenden maschinentechnischen und 38% elektrotechnischen Berufen zuzuordnen, während der Anteil der bergtechnischen Berufe auf 12% gesunken ist.



Belegschaft im deutschen Steinkohlenbergbau in Tausend

25


Schichtleistung unter Tage
3 948
6 233
1980
1999
kg v. F. je Mann und Schicht
Förderung je Bergwerk
8 723
10 572
1980
1999
t v. F. je Fördertag
Gesamtverband Steinkohle 2000

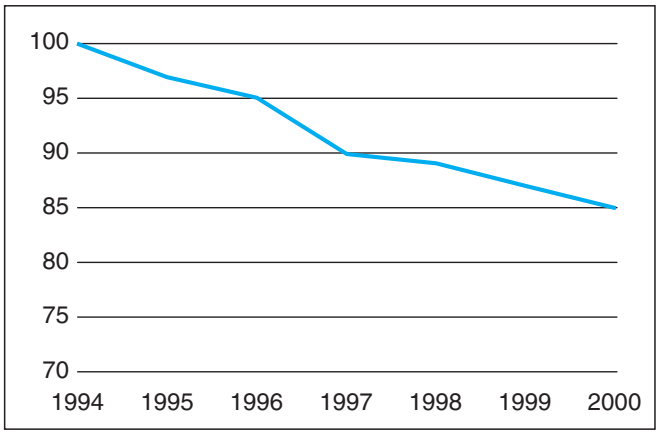
Rationalisierung und Kostenentwicklung im deutschen Steinkohlenbergbau

Kostendegression trotz Anpassungsbelastung

Die in der Kohlerunde 1997 vereinbarte Halbierung der Kohlehilfen bis 2005 und die Rahmenbedingungen auf dem Steinkohlenmarkt stellen hohe betriebliche Anforderungen an den Steinkohlenbergbau. Hinzu kommen strenge Anforderungen des nationalen und europäischen Beihilfenrechtes an die Kostendisziplin.

Steinkohle kann in Deutschland – wie im gesamten Tiefbergbau in Westeuropa – gegenwärtig nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen gefördert werden. Deshalb sind öffentliche Hilfen erforderlich, welche die Differenz zwischen den deutschen Förderkosten und dem Preis der Drittlandskohle ausgleichen. Die Entwicklungen auf den Weltmärkten entziehen sich dem Einfluss des Bergbaus. Umso mehr ist der heimische Steinkohlenbergbau gefordert, im Interesse einer sparsamen Verwendung der öffentlichen Hilfen seine Produktivität zu steigern und die Kosten zu senken. Dies ist in den vergangenen Jahren mit beachtlichem Erfolg geschehen: Die bergbauliche Produktivität, gemessen an der Schichtleistung unter Tage, ist in den letzten Jahren deutlich verbessert worden, allein 1999 um 7%. Seit 1994, dem Beginn der Laufzeit des geltenden EGKS-Beihilfenregimes, sind die realen Förderkosten im deutschen Steinkohlenbergbau um 15% gesenkt worden.

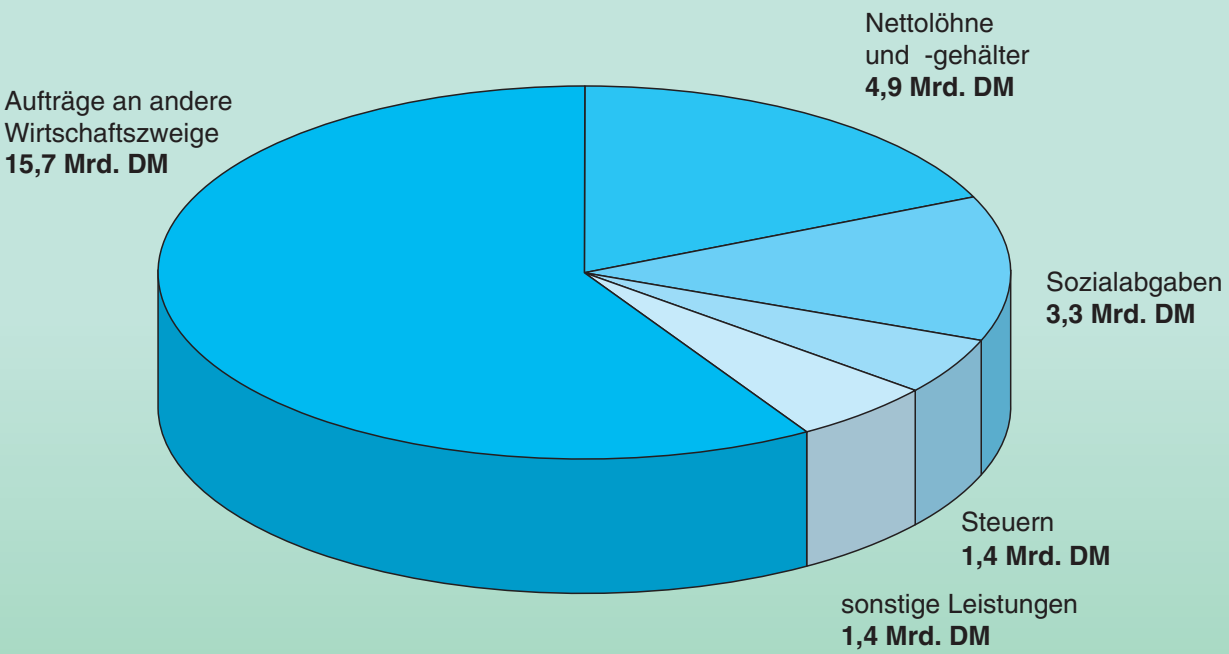
Dies ist das Ergebnis einer kontinuierlichen Optimierung der Prozessabläufe unter und über Tage. Steinkohlenbergbau in Deutschland ist heute ein High-Tech-Betrieb. Die Betriebsabläufe sind gekennzeichnet durch Mikroelektronik und Informations- und Kommunikationssysteme. Rechnersysteme steuern Gewinnungsmaschinen, Sensoren unterscheiden Kohle von Gestein, und die Prozeßleittechnik lenkt und überwacht alle Betriebsabläufe.



Reale Förderkosten 1994 = 100

Gesamtleistung des RAG-Konzerns 1999

26,7 Mrd. DM



Gesamtverband Steinkohle 2000

Steinkohlenbergbau als Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor

Weiterhin große Bedeutung

Obwohl der Steinkohlenbergbau seine einst herausragende Position in der Wirtschaftsstruktur der Bergbaureviere verloren hat, bleibt seine Bedeutung für die regionalen Arbeitsmärkte unbestritten:

- Der RAG-Konzern erwirtschaftet jährlich einen Produktionswert von rund 27 Mrd. DM. Aufträge in Höhe von rund 16 Mrd. DM gehen an die Zulieferindustrie und andere Sektoren und sichern dort Produktion und Beschäftigung.

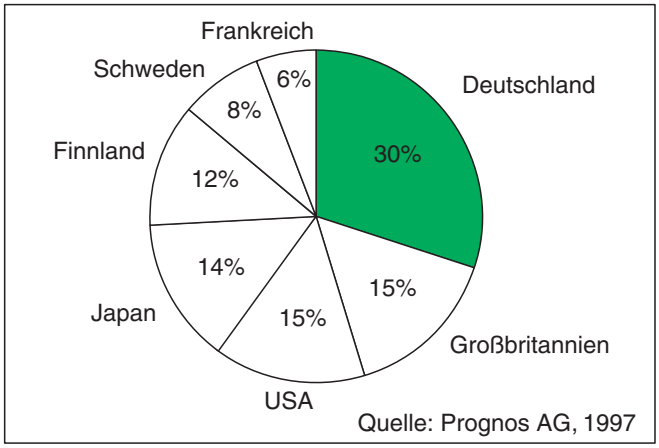
- An jedem Arbeitsplatz im Steinkohlenbergbau hängen nach einer im Jahr 1999 vorgelegten Studie des Prognos-Instituts bundesweit 1,3 weitere Arbeitsplätze.

Von den insgesamt weit über 100 000 Arbeitsplätzen im Steinkohlenbergbau und seinem Umfeld gehen damit immer noch bedeutende Effekte auf den Arbeitsmarkt in Deutschland aus.

Der RAG-Konzern leistet in den Bergbauregionen auch einen wichtigen Beitrag zur Stablisierung des Ausbildungsplatzangebotes, indem er seine Ausbildungsstätten in erheblichem Umfang für überbetriebliche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung stellt.

- Durch die Löhne und Gehälter erwächst Kaufkraft in Höhe von 4,9 Mrd. DM, zumeist für den regionalen Handel.

- Der RAG-Konzern und seine Mitarbeiter zahlen 4,7 Mrd. DM an Steuern und Sozialabgaben. Indirekte Beschäftigungseffekte erbringen mindestens noch einmal den gleichen Betrag.

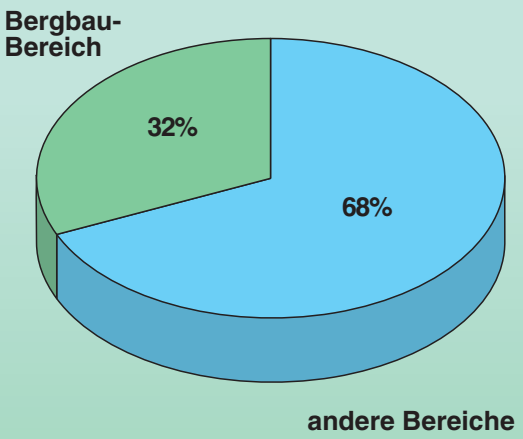


Anteil Deutschlands am Weltmarkt für Untertage-Bergbaumaschinen

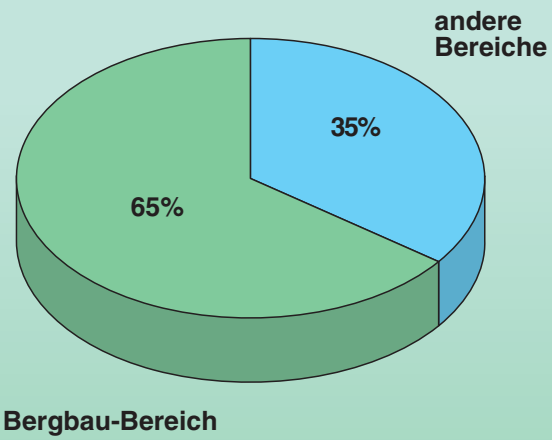
27

Die deutsche Steinkohle im RAG-Konzern 1999

Umsatz
26,7 Mrd. DM



Belegschaft
101 800



Gesamtverband Steinkohle 2000

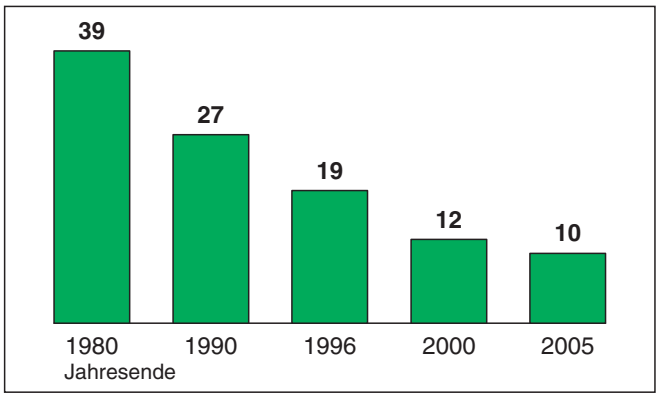
Verträglicher Wandel nur mit der Kohle

Der deutsche Steinkohlenbergbau vollzieht seit Jahrzehnten einen Strukturwandel, der in der westdeutschen Industrie ohnegleichen ist. In den 90er Jahren hat sich das Anpassungstempo sogar noch verschärft. Allein seit 1990 sind Förderung und Beschäftigung um mehr als die Hälfte zurückgegangen, weitere Anpassungen sind bis 2005 schon vorgezeichnet. Unter großen Anstrengungen ist es bisher gelungen, diesen Prozess sozialverträglich zu gestalten, d. h. Entlassungen in die Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Auch für die Bergbauregionen hat sich der Strukturwandel „mit der Kohle" als der bessere Weg erwiesen. Zwar sind auch hier die sog. Montanindustrien längst nicht mehr strukturbestimmend, doch für die Entwicklung weiterhin bedeutsam. Ein „Sturzflug" im Bergbau und damit auch seiner gesamten Mantelwirtschaft hätte in diesen Regionen zu einem sprunghaften Anstieg der ohnehin überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit geführt. Das Prognos-Institut hat 1999 festgestellt, dass der Aufbau von Beschäftigungsalternativen zu den Arbeitsplatzverlusten im Bergbau ausreichend viel Zeit und ein günstiges sozioökonomisches Klima erfordert, was nur durch einen Strukturwandel „in ruhigerem Fahrwasser" gewährleistet werden kann.

Nur auf diese Weise kann zugleich die Umstrukturierung der Bergbauunternehmen selbst erfolgreich realisiert werden. Die RAG hat sich heute zu einem rund um das Stammgeschäft Steinkohle diversifizierten, international ausgerichteten Bergbau- und Technologiekonzern mit einer Vielfalt wachstums- und renditestarker neuer Produkte und Dienstleistungen entwickelt. Zwei Drittel des Konzernumsatzes werden heute in diesen neuen Bereichen erwirtschaftet. Allerdings sind zwei Drittel der Arbeitsplätze noch immer im Bergbaubereich zu finden. Dies zeigt, wie schwierig der Strukturwandel gerade unter dem Beschäftigungsaspekt ist.

Fördernde Bergwerke (Anzahl)



Herausgegeben von der Geschäftsführung des
Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus,
Rellinghauser Straße 1, D-45128 Essen,
Tel. (02 01) 177-4331, Fax (Tel. (02 01) 177-4271
e-mail: kommunikation@gvst.de

Fotos: DSK, STEAG
Gestaltung: BroCoMotion GmbH, Solingen
Druck: B.o.s.s Druck und Medien GmbH, Kleve
ISSN 0343-7981